



Collien Fernandes kämpft nicht allein

AGENDA S. 18, Kopf des Tages S. 48

Die Rückkehr des Livetickers in den Wöginger-Prozess

INLAND Seite 24, Kommentar Seite 48

Quo vadis? Salzburg nach Hinterhäuser

AGENDA Seite 22, Kommentar Seite 48



SA./SO., 28./29. MÄRZ 2026

ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG — HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER

€ 3,50 | Nr. 11.264

SCHWERPUNKTAUSGABE

Das teure Leben



Liebe Leserinnen und Leser!

Erst steigen die Preise für Energie, dann wird auch alles andere teurer. Seit dem Beginn des Kriegs im Iran ist klar: Es ist nur eine Frage von Tagen, bis unser ohnedies bereits teures Leben abermals ein neues Level erreichen wird. Was tun angesichts der drohenden Inflationswelle? Der stellvertretende Chefredakteurin **Nana Siebert** oblag die Gesamtverantwortung

für den Themenschwerpunkt, für die Gestaltung gebührt **Simon Klausner** und **Sophia Aigner** Dank. Die STANDARD-Schwerpunktausgabe „Das teure Leben“ ist eine Vermessung der aktuellen Lage und zeigt konstruktive Wege in die Zukunft.

Herzlich, Ihr **Gerold Riedmann**,
Chefredakteur

Soziale Medien erst ab 14 und weniger Latein

User sollen für Behörde identifizierbar werden

Wien – Die Regierung hat sich nach zähen Verhandlungen auf ein Social-Media-Verbot für Kinder bis 14 Jahre geeinigt. Bildungsminister Christoph Wiederkehr (Neos) koppelte die Maßnahme an eine umfassende Lehrplanreform, mit der ab 2027/28 die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen gestärkt und der Lateinunterricht bzw. die zweite Fremdsprache reduziert wird – um zwei statt wie bisher diskutiert vier der insgesamt zwölf Stunden in der AHS-Oberstufe. Ein Kompromiss, der die Koalitionspartner ÖVP, SPÖ und Neos lange beschäftigte.

Medienkompetenz soll schulauswahlbar als eigenes Fach oder Fächerbündel implementiert werden. In der AHS-Oberstufe wird ein neues Fach „Medien und Demokratie“ eingeführt, der Informatikunterricht um das Themenfeld Künstliche Intelligenz ergänzt.

Offiziell wird es keine Klarnamenpflicht geben, um das Social-Media-Verbot umzusetzen, dennoch dürfte die Regierung das Ende der Anonymität im Netz vorbereiten: Userinnen und User sollen für Behörden identifizierbar sein, sagte ÖVP-Staatssekretär Alexander Pröll. Das Alter könne zwar ohne Herausgabe persönlicher Daten an Plattformen bestätigt werden, zugleich soll aber der Staat ab einer gewissen Deliktsschwere User nachverfolgen können.

Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) ließ allerdings offen, wie die technische Umsetzung konkret aussehen wird. Bis Ende Juni soll ein Gesetzesentwurf vorliegen. (red) Seite 24

AGENDA Seite 17, Kommentar Seite 48

ZITAT DES TAGES

„Was bei Männern als Punk gilt, wird bei Frauen mit ‚Die beherrschen ihre Instrumente nicht‘ abgetan.“

Lena Pöttinger von der Band Topsy Turvy über Machotum in der Musikszene Seite 34

STANDARDS

Zeitumstellung von Samstag auf Sonntag – mehr dazu im STANDARD FÜR KINDER S. 39

Szenario, Kino 37, 38
Rätsel, Sudoku 40
Sport 42, 43
TV & Radio 44, 45
Wetter 38

Westen: ☀ 0 bis 7° Süden: ☀ 0 bis 13° Norden: ☁ 0 bis 10° Osten: ☁ 3 bis 9°



Bedrohte Spezies Demokratie

„Demokratische Regression“ – wissenschaftlicher Ausdruck für eine hässliche Sache. Übersetzung: Weltweit schrumpft die Zahl der echten Demokratien, und autoritäre Regime breiten sich rasant aus. Mit allen Begleiterscheinungen: Verfolgung von Kritikern bis hin zu Folter und Mord, Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, verfälschte Wahlen und eine fette Portion Korruption der Mächtigen. Sagt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung.

Das hat es schon immer gegeben? Richtig, aber so arg war es schon lange nicht. In den vergangenen 20 Jahren hätten Demokratie und Marktwirtschaft weiter an Boden verloren: „Im globalen Durchschnitt waren Wahlen in diesem Jahrhundert noch nie so unfair, Demonstrations- und

Organisationsrechte so eingeschränkt und Meinungs- und Pressefreiheit so unterbunden wie heute.“ Auch in unserer unmittelbaren geografischen und gesellschaftlichen Nähe.

Serbien wurde eine Autokratie, Ungarn und die Slowakei sind schon eine, und die USA werden von Trump in Richtung Autoritär-Kleptokratie geführt. In den vergangenen zehn Jahren sei bei insgesamt 50 Demokratien Rückschritte zu bemerken.


Die Ursachen? Etliche, aber eine dürfte die schwerwiegendste sein: Die Demokraten erkennen die Gefahr nicht. Oder sie wissen nicht, wie sie die Demokratie verteidigen und bewahren sollen. Und manche glauben, „starke Führer“ würden woanders hinführen als in den Graben. Zeit, aufzuwachen.

RAU

asics | ÖSTERREICHISCHER FRAUENLAUF

HERE FOR MORE





**SCHWERPUNKT
AUSGABE**

**Das teure
Leben**

Sa./So., 28./29.03.2026

Teuer macht grantig

Das tägliche Leben wird immer teurer, gefühlt und erlebt. Wohnen, Heizen, Einkaufen: Selbst Menschen mit gutem Einkommen überlegen, wofür sie Geld ausgeben. Das ewige Rechnen macht uns nicht gerade zu besseren Menschen. Und schon gar nicht zu fröhlicheren.

Petra Stuibler

Konsumerhebung 2024/2025

monatliche Ausgabenstruktur privater Haushalte

Wohnen / Energie	26,4 %
Verkehr	13,6 %
Ernährung / alkoholfreie Getränke	11,6 %
Freizeit / Sport / Kultur	11,4 %
Gastronomie / Beherbergung	6,6 %
Wohnungsausstattung	6,2 %
Gesundheit	4,8 %
Versicherungen / Finanzdienstleistungen	4,7 %
andere Waren und Dienstleistungen	4,5 %
Bekleidung / Schuhe	4,2 %
Information / Kommunikation	2,8 %
alkoholische Getränke / Tabakwaren	2,2 %
Bildung	1,1 %

Quelle: GfK / Statistik Austria

LESEN SIE MEHR ZUM THEMA
AUF WWW.DERSTANDARD.AT

Bei uns war's die Schokolade. Da hat es dem Mann, ansonsten die Ruhe in Person, die Sicherungen rausgehauen. Dass die Alpenmilch-Schoki seines Vertrauens plötzlich fast zwei Euro kostete, hätte er noch hingenommen. Obwohl sich das schon merkbar aufs Haushaltsbudget legt, wenn man täglich eine Tafel verputzt. Als aber die Schoki-Produzenten beschlossen, deren Größe still und heimlich zu reduzieren, war's vorbei mit dem Gleichmut. Der Mann, Familieneinkäufer aus Passion, begann, akribisch Preise zu vergleichen. Bald wettete er wutschnaubend gegen Shrinkflation. Empört kommentierte er rasante Preisveränderungen. Erst von Schokolade, dann Obst. Gemüse. Hühnerfleisch. Klopapier. Kaum ein Tag verging, da er nicht in die Familiengruppe Sätze wie jenen postete: „Nix im Wagerl, aber fast 200 Euro ausgegeben! Wahnsinn!“

Es ist nur eine These. Vielleicht lief es so, wie bei uns, in vielen österreichischen Haushalten ab. Erst nahm man die permanente Teuerung, die sich seit Ausbruch des Ukrainekriegs beharrlich und unbeirrt erst von der Tankstelle, über die Supermärkte bis in die Kaffeehäuser schlich, zunächst einmal hin. Murrend vielleicht, aber, na ja, so ist die Weltlage, da kann man momentan nichts machen. Irgendwann kam dann der Punkt, wo es persönlich wurde. Persönlich zu viel. Diese eine Melange, dieses eine Produkt im Supermarkt, die eine Tankfüllung, die Stromrechnung, die absurd teuer erschien.

Gekippte Stimmung

Ab da kippte die Stimmung, und sie kippte in Richtung eines Unmuts, der sich nicht in erster Linie gegen Russlands Diktator Wladimir Putin, den Auslöser der ganzen Misere, richtete – sondern gegen die eigenen Regierungen. In Österreich bekam das zunächst einmal die türkis-grüne Regierung zu spüren, die, so beurteilen es heute selbst Experten, „die Teuerung durchrauschen ließ“. Danach traf der Grant die aktuelle Regierung, die Dreierkoalition, die zwar in Ansätzen reagierte – mit Miet- und Strompreisbremse –, aber in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler noch immer zu wenig tat. Das schlägt sich in aktuellen Umfragen nieder, laut denen, stabil schon seit vielen Monaten, die FPÖ weit vorn liegt – und die Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und Neos keine Mehrheit mehr hat.

Dabei muss man auch festhalten: Wir jammern in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, auf sehr hohem Niveau. Ja, auch hierzulande leben Menschen in Armut. Überproportional häufig trifft es Alleinerziehende, ältere Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund – und es leiden Kinder. Das ist schlimm genug. Vergleicht man jedoch die Sorgen der Menschen in der Ukraine oder – aktuell – im Iran mit jenen einer österreichischen Durchschnittsfamilie und berücksichtigt Förderungen, Beihilfen und andere Unterstützungen, zeigt sich: Im Großen und Ganzen funktioniert der Sozialstaat hierzulande noch immer.

Denkt man zudem an die großzügigen Subventionen, die während der Corona-Pandemie an Unternehmen aller Art ausgezahlt wurden, relativiert sich manches. Und man kann fallweise zumindest nachvollziehen, warum manche Wirtschaftsliberale durchaus kritisch vom „Nanny-Staat“ reden, der ohnehin alles (über)regle.

Kein Vergleich

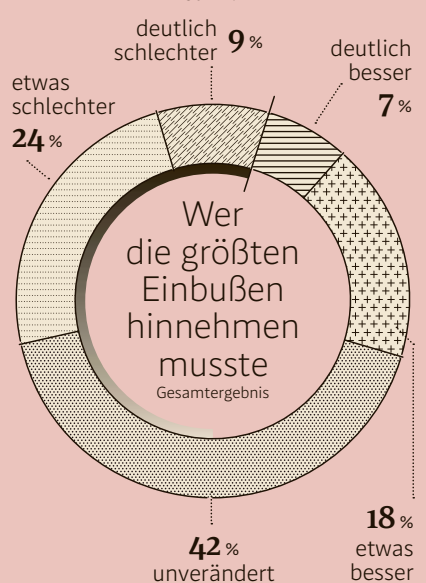
Dennoch: Der Mensch lebt nicht im globalen Vergleich, sondern in seiner eigenen Lebensrealität. Und diese wurde grosso modo hierzulande schon einmal als positiver empfunden. Das zeigt auch die Teuerungsumfrage unter Userinnen und Usern, die DER STANDARD zwei Wochen lang online durchgeführt hat. 3998 Umfragen kamen vollständig beantwortet zurück, und Fazit ist: Die Stimmung war schon mal besser, der Optimismus größer. Fragt man im Detail nach, fühlt sich rund ein Drittel etwas bis deutlich schlechter, 42 Prozent sagen, ihre Lage sei unverändert. Wobei deut-

lich mehr Frauen als Männer sagen, dass es ihnen finanziell deutlich schlechter gehe als früher. Bei jenen, die in Städten wohnen, manifestiert sich das subjektive Unwohlsein stärker als bei Menschen auf dem Land. Die höchste Unzufriedenheit mit ihrer derzeitigen Lage zeigen jene, die zur Miete wohnen.

Politisch ist die Lage kompliziert: Die aktuelle Regierung steht unter Dauerdruck. Einerseits gilt es, das riesige Budgetloch zu stopfen, das die Corona-Pandemie gerissen hat – und die „Das Beste aus beiden Welten“-Strategie der Vorgängerregierung. Andererseits will man es diesmal anders machen als beim Ausbruch des Ukrainekriegs, als der Überfall Russlands auf sein Nachbarland die gesamte Energieversorgung Europas ins Wanken brachte. Gas- und Strompreis kletterten in astronomische Höhen, in Privathaushalten und in Unternehmen verursachten die hohen Energiepreise Albträume, und die damalige, türkis-grüne Regierung verzeichnete neue Rekorde in Sachen Unbeliebtheit.

Dass das Problem der hohen Inflation in Österreich so lange anhält, war ein Ergebnis der damaligen Passivität. Daher wollte auch die derzeitige Regierung nach Ausbruch des Irankriegs gleich handeln. Das

Frage: Geht es Ihnen heute finanziell besser oder schlechter als vor einem Jahr?



Quelle: DER STANDARD-Umfrage | Sample: Zufällige, aber nicht für die Gesamtbevölkerung repräsentative Auswahl an Nutzerinnen von derStandard.at | n = 3998 vollständig abgeschlossene Umfragen | Befragungszeitraum: 2. bis 15. März 2026 | DER STANDARD

wochenlange Gezerre um die Spritpreisbegrenzung zeigt, wie schnell Politik bei Preisfragen in der Sackgasse landet. Zudem könnten dem Finanzminister dadurch dringend benötigte Einnahmen fehlen. Man könnte von einer politischen Lose-lose-Situation sprechen, und allein für dieses Dilemma sollten die Menschen im Lande doch Verständnis haben. Oder?

Oder nicht. Wer pflegt schon stets objektives Verständnis für Weltlage und Österreichs Regierung, wenn schon wieder die Strompreise, die Betriebskosten und die Preise im Supermarkt gestiegen sind? Viele Menschen in Österreich sind schlicht und einfach subjektiv „angefressen“, wie man das, auf gut Wienerisch, nicht schöner ausdrücken könnte. Weil alles teurer geworden ist. Weil man das auch spürt. Und weil die letzte Gehaltserhöhung (oder war es doch nur der Kollektivvertrag?) das teure Leben nicht so abfedert, wie man sich das erhofft hat. Am Ende des Geldes bleibt immer noch recht viel Monat übrig.

Zartes Pflänzchen

Das kann in Fällen, wo das Haushaltseinkommen unter dem Median liegt, schon kritisch werden. Vor allem, wenn die Waschmaschine eingeht. Oder das Kind einen nicht eingeplanteten Schulausflug hat, den man noch bezahlen muss. Auffällig an der jetzigen Wirtschafts- und Stimmungskrise ist aber auch, dass vor allem „der Mittelstand“ klagt und fürchtet, auf der ökonomischen Verliererstraße zu sein. Subjektiv sehen sich übrigens fast alle als Teil des „Mittelstands“, selbst wenn sie Spitzenver-

diener sind. Verlustängste sind da wie dort vorhanden. Und weil Wirtschaft immer auch Psychologie ist, macht das den Aufschwung umso schwieriger. Da sind wir noch gar nicht bei der Frage angelangt, ob der Krieg Israels und der USA gegen den Iran am Ende das zarte Pflänzchen Konjunktur wieder ausrupft.

Die Gastro-Krise

Zu besseren Menschen macht uns der Grant über die Teuerung jedenfalls nicht. Das Spendenvolumen stagniert, die politischen Feindseligkeiten gegenüber NGOs und vermeintlichen „Gutmenschen“ nehmen an Schärfe zu. Die „Dealmaker“ mit den spitzen Ellbogen haben die Nase vorn, zögerliche Bedenkenträger sind fast schon ein Schimpfwort.

Wäre das alles nicht schon elend genug, bemerkt man aber auch Veränderungen an sich selbst – und zwar nicht zum Guten: Der Caritas-Erlagschein vor Weihnachten lag ziemlich lange unbehandelt herum, genauso erging es den Roten Nasen, dem Tierschutzverein und vielen anderen. Der Stapel wuchs, die Laune sank. Geiz ist nicht geil.

Die Gastronomie spürt die Teuerungskrise besonders stark. Die Statistik Austria

hat für die Inflationsberechnung sogar den Warenkorb umgestellt. Die Menschen geben um 45,6 Prozent weniger aus für Restaurantbesuche als 2020 – weil diese empfindlich teurer geworden sind. So kostet das Schnitzel um 52 Prozent mehr als noch vor sechs Jahren, da überlegt man sich das romantische Dinner im Lokal lieber zweimal. Bummvolle Lokale in den Stadtzent-

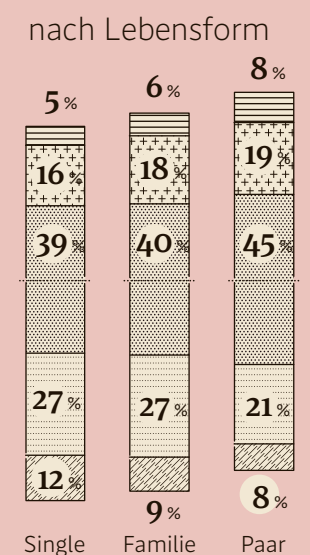
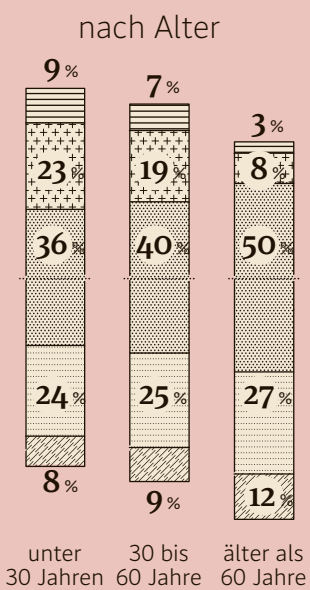
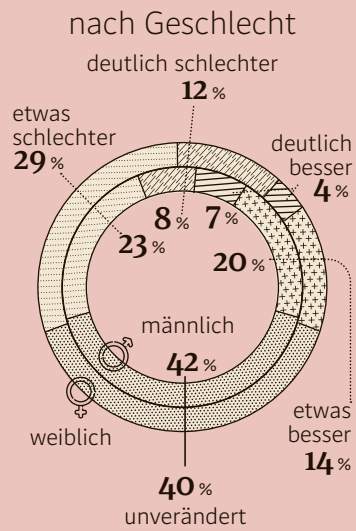
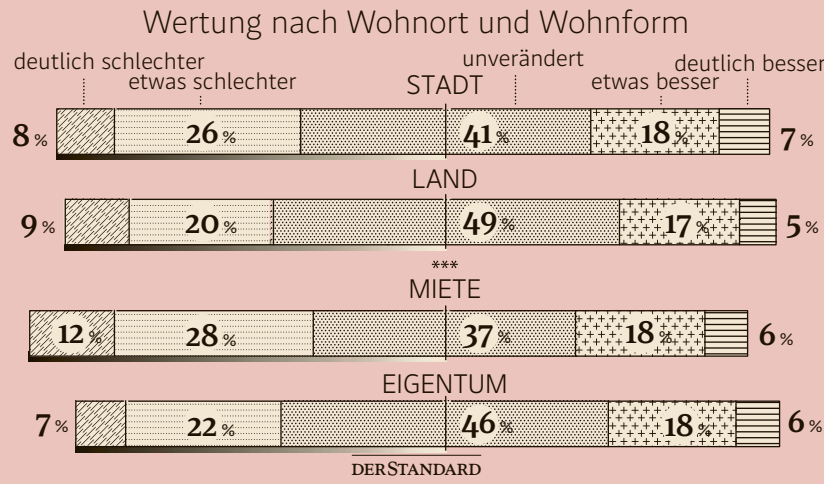
ren täuschen darüber hinweg, dass am Land oft die große Leere im Gastraum herrscht.

Rückläufige Umsätze drücken natürlich die Stimmung der Wirte, was sich wiederum unvorteilhaft auf jene des Personals auswirkt. Schlechte Bezahlung, harte Arbeitsbedingungen – wer bleibt unter solchen Umständen fröhlich? Das bemerken

auch die Gäste – und bleiben oftmals weg. Oder gehen früher nach Hause. Das zweite Getränk oder die Nachspeise muss schließlich nicht unbedingt sein, wenn sie nicht freundlich angeboten wird.

Man kann der Kellnerin natürlich auch einfach in die Augen schauen. Und möglicherweise ihre Erschöpfung registrieren. Bemerkten, dass sie den gesamten Gastraum inklusive Schank allein schupft. Und ihr dann genau deswegen ein fettes Trinkgeld geben. Dasselbe kann man auch beim Friseur und bei der Kosmetikerin machen. Man kann auch wieder einmal eine Straßenzeitung kaufen und einer NGO etwas spenden. Man kann einander anlächeln und den Grant wegen der Teuerung tief drinnen einfach ignorieren.

Der Mann zum Beispiel hat seinen Schoki-Konsum eingeschränkt. Dafür gehen wir wieder öfter miteinander aus. Anders als früher, wir gehen viel spazieren. Und reden. Manchmal landen wir beim Würstelstand, manchmal gehen wir dann doch noch einen Happen essen. Und geben großzügig Trinkgeld. Geld ist nicht alles. Und Glücklichein lässt sich nicht inflationsbereinigen.



Quelle: DERSTANDARD-Umfrage | Sample: Zufällige, aber nicht für die Gesamtbevölkerung repräsentative Auswahl an Nutzer:innen von derStandard.at | n = 3998 vollständig abgeschlossene Umfragen | Befragungszeitraum: 2. bis 15. März 2026 | DERSTANDARD

Gold, richtig gebraut.

Wieselburger Bier
SCHNITZEL
Seit 1770
GOLD

Einfach gut.
Seit 1770

Verantwortungsvoll genießen: wieselburger.at/alkohol-und-gesundheit

Angst vor dem Absturz

Die Teuerung trifft längst auch die Mittelschicht. Die FPÖ profitiert – doch ob Gegenmaßnahmen greifen, hängt nicht nur von der Regierung ab.

Gerald John

Es ist eine Klientel, wie sie an Orten wie diesen früher nur selten anzutreffen war: Immer öfter tauchten in den Sozialberatungsstellen der Caritas Menschen auf, für die sich die Notlage nicht in einer langen Vorgeschichte angebahnt habe, erzählt Direktor Klaus Schwertner. Ein dauerhafter Arbeitsplatz, stabile Wohnverhältnisse und ein geregeltes Familieneinkommen schienen eine verlässliche Absicherung nach unten zu garantieren. Doch die gestiegenen Kosten, speziell für Miete, Gas und Strom, bringen im Fall von Jobverlust, Krankheit oder Scheidung zunehmend auch Angehörige der unteren Mittelschicht in existenzielle Schwierigkeiten: „Es kann heute sehr schnell gehen, dass jemand, der eben anderen noch Hilfe angeboten hat, diese plötzlich selbst braucht.“

Was Schwertner schildert, hat bereits Schlagzeilen gemacht – in Deutschland, wo die Mittelschicht tatsächlich geschrumpft ist. In Österreich hingegen galt jene Gruppe, die nach Definition der OECD zwischen 75 und 200 Prozent des mittleren verfügbaren Haushaltseinkommens liegt, bislang als unerschütterliches Bollwerk: Konstant zählen zwei Drittel der Bevölkerung dazu, mit Jahreseinkommen zwischen 25.000 und 66.000 Euro. Als Garant für diese stabile Lage hebt Silvia Rocha-Akis vom Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) die hierzulande nahezu flächendeckenden Kollektivverträge hervor, die das Entstehen eines Niedriglohnssektors verhindert hätten. Die heimische Mitte hat daher nicht nur keine Erosion erlebt, sondern ihren Wohlstand kontinuierlich ausgebaut. Zumindest galt das bis zur Teuerungskrise.

Kein Plus mehr

Ist die Erfolgsstory nun zu Ende? „Abstiegsängste hatten noch nie einen so realen Hintergrund wie jetzt“, sagt Arbeiterkammer-Experte Georg Feigl und meint damit nicht nur das neue Normal von Kriegen und Krisen, das gerade im nächsten Energiepreisschock zu gipfeln droht. Noch nie in der Zweiten Republik habe sich die finanzielle Situation so schwach entwickelt wie zuletzt, konstatiert der Ökonom: „Bisher hat sich die Mittelschicht erwarten können, sich Jahr für Jahr mehr leisten zu können, sei es für Urlaube, Gesundheit oder Essen. Dieses Aufstiegsversprechen ist nun zu Ende.“

Feigl verweist auf die Lohnstatistik. Demnach hat es real, also nach Abzug der Inflation, in den vergangenen fünf Jahren keinen Zuwachs gegeben. Im Schnitt steht sogar ein Minus von 0,2 Prozent pro Jahr zu Buche.

Allerdings ist anzumerken: Die Löhne sind für die überwiegend von Arbeit lebende Mittelschicht zwar eine wichtige Kenngröße, bilden aber nicht das gesamte Bild ab. Haushalte beziehen auch staatliche Leistungen wie Familienbeihilfe und Kindergeld – oder eben Antiteuerungshilfen, wie sie die alte Regierung aus ÖVP und Grünen ausgeschüttet hat. Im Gegenzug sind Steuern und Abgaben zu entrichten. Wie viel unter dem Strich bleibt, zeigt sich am verfügbaren Einkommen. Nachteil: Diese Daten liegen vorerst nur bis 2023 vor. Damit ist der Höhepunkt der Teuerungskrise erfasst, nicht aber der Nachhall.



KASSENSTURZ
ÖVP, SPÖ und Neos versuchen,
die Kosten für Haushalte
direkt zu dämpfen.
Die Teuerung befeuert den
Aufmarsch der FPÖ.

COLLAGE: DER STANDARD / OTTO BEIGELBECK
FOTOS: APA, REUTERS, ADOBE FIREFLY

Anhand dieses Maßstabs stellt sich die Lage etwas positiver dar. Wifo-Expertin Rocha-Akis hat die Einkommen von 2019 bis 2023 mit der allgemeinen Inflationsrate im selben Zeitraum verglichen. Demnach ist der Mitte ein reales Plus von 3,7 Prozent geblieben; zu verzeichnen sei somit ein sehr schwaches Wachstum, aber kein Absturz. Der Budgetdienst im Parlament kam in eigenen Berechnungen zu ähnlichen Schlüssen, und auch der Arbeiterkammerer Feigl resümiert: Dass die Mittelschicht mit weniger Geld auskommen müsse als früher, lasse sich pauschal nicht behaupten.

Sind es nur Ausnahmefälle?

Sind die Caritas-Klienten also untypische Ausnahmefälle, die ein zu düsteres Bild zeichnen? Das lässt sich so nicht sagen, denn der Preisauftrieb trifft die Menschen unterschiedlich. Die Statistik Austria misst die Inflation anhand eines durchschnittlichen Warenkorb, doch das Konsumverhalten variiert. Je geringer das Budget eines Haushalts, desto größer ist der Anteil für Unverzichtbares wie Nahrung, Energie und Wohnen. Gerade diese Kosten sind überdurchschnittlich stark gestiegen. Leidtragende seien naturgemäß vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen, sagt Rocha-Akis. Aber auch Teile der Mittel-

schicht spürten die Teuerung zweifellos stärker als im Durchschnitt ausgewiesen: Wer die laufenden Kosten schon zuvor nur knapp bestreiten konnte, „kann unerwartete Ausgaben nun nicht mehr so leicht stemmen“.

Zerplatzte Träume

Für bezeichnend hält sie, dass laut Umfragen der Statistik Austria immer mehr Menschen unter den Wohnkosten leiden. In der Gruppe mit niedrigen Einkommen stieg der Anteil jener, die eine schwere bis sehr schwere finanzielle Belastung empfinden, seit dem Einsetzen der Teuerungswelle von 20 Prozent auf fast die Hälfte. Aber auch in der Mittelschicht kam es zu einem deutlichen Anstieg – von fünf auf 25 Prozent.

Die Ausmaße des Inflationsdrucks hingen stark von der individuellen Situation ab, ergänzt der AK-Ökonom Feigl. Es mache einen großen Unterschied, ob eine Familie in einer bereits abbezahlten oder geerbten Eigentumswohnung lebt oder eine neu vereinbarte Miete am unregulierten Markt berappen muss.

Schon früher hat der Kostenschock für all jene eingesetzt, die einen klassischen Mittelschichtstraum vor Augen hatten: Seit 2008 sind die Preise für Wohnungseigentum laut Daten der Nationalbank um fast 150 Prozent

angestiegen – die verfügbaren Haushaltseinkommen legten nicht einmal halb so kräftig zu. Wer nicht geerbt hat, kann sich den Einzug in eigene vier Wände folglich schwer leisten.

Treiber für FPÖ

Sorgen bereitet auch der Zustand der Gesundheitsversorgung. Wieder gilt es, vor Übertreibung zu warnen. Die in Schlagzeilen aufscheinenden Horrorwartezeiten für Arzttermine dramatisieren mitunter die Lage, weil Notfälle und Routineuntersuchungen vermischt werden. Doch dass das Angebot an Kassenstellen hinter der wachsenden Zahl an Patienten zurückgeblieben ist, steht außer Frage. Im besseren Fall hilft intensive Telefoniererei, um doch noch rasch einen Termin zu bekommen – im schlechteren bleibt nur der Gang zum privat zu bezahlenden Wahlarzt.

Ein ungemütlicheres Leben, gepaart mit der Angst um das ökonomische Wohlergehen, schüre das Misstrauen gegenüber Regierungen, sagt der Politikwissenschaftler Laurenz Ennser-Jedenastik: Neben dem seit vielen Jahren wirkenden „Treibern“ – Migrationsdebatte, Euroskeptizismus, Anti-Establishment-Haltung – befeuert somit auch die Teuerung den Vormarsch der FPÖ. Haben jüngere Generationen den Eindruck, den Status der Eltern nicht erreichen zu können, entstehe eine Affinität zu radikal rechten Parteien. Im Fachjargon des Wissenschafters: Die intergenerationalen Mobilitätserwartungen blieben unerfüllt.

Die Mittelschicht deshalb zur alleinigen Garantin des blauen Aufstiegs zu erklären, ginge zu weit, fügt Ennser-Jedenastik hinzu: Die FPÖ habe über alle sozialen Schichten hinweg zugelegt. Umfragewerte jenseits der 35 Prozent seien allerdings nur mit breitem Zuspruch aus jener Gruppe zu erreichen, die zwei Drittel der Bevölkerung umfasst.

Selektive Sicht

Die Regierungsparteien suchen nach einem Gegenrezept. Klar ist bereits, was nicht funktioniert. Die abgewählte schwarz-grüne Regierung versuchte, die Kostenlawine mit finanziellen Goodies abzufedern. Das sicherte zwar relativ stabile Einkommensverhältnisse, brachte politisch aber keinen Rückhalt. Die Menschen registrieren in erster Linie die gestiegenen Rechnungen im Supermarkt oder an der Tankstelle. Was über Sozialleistungen oder Löhne zusätzlich in die Haushaltskassen fließt, geht oft unter.

ÖVP, SPÖ und Neos versuchen nun verstärkt, das Problem an der Wurzel anzupacken. Mietpreisbremsen, Entlastungen beim Strom und die Senkung der Mehrwertsteuer auf ausgewählte Lebensmittel sollen die Kosten für die Haushalte direkt dämpfen, statt sie im Nachhinein auszugleichen. Den jüngsten Eingriff hat die Koalition erst diese Woche bei den Spritpreisen gesetzt.

Ob sich das politisch auszahlt, hängt nicht nur vom Zuschnitt der Maßnahmen ab. Entwickelt sich die Energiekrise tatsächlich noch „viel schlimmer“, wie es Finanzminister Markus Marterbauer befürchtet, wird über mühsam erkaufte zehnte Cent Ersparnis an den Zapfsäulen niemand sprechen.



Was geben Österreicherinnen und Österreicher in



MARTIN SCHACHENHOFER

Mia Hauer (25), in Karenz, und Gabriel (31), Drucktechniker im Familienbetrieb, Louise (6), Fredrick (5), Maxim (3) und Yoshua (1) aus Hörbranz in Vorarlberg

Familie Hauer gibt monatlich rund 600 Euro für Lebensmittel aus, für ihren Wocheneinkauf in einem deutschen Supermarkt hat die Familie 123,36 Euro hingelegt. Mia Hauer informiert sich vorab über Rabatte und Aktionen, diesmal hat sie 17,01 Euro gespart. Durch die in Deutschland niedrigere Mehrwertsteuer (sieben und 19 Prozent) spart sie zusätzlich 3,33 Euro. Ein vergleichbarer Einkauf in Österreich wäre für die Familie auch wegen höherer Nettopreise deutlich teurer. Würde sie ab 1. Juli 2026 in Vorarlberg einkaufen, läge die Steuerersparnis – bei gleichen Nettopreisen – bei gerade einmal 61 Cent.

Billig drüben, teuer hier

Lebensmittel kosten in Österreich spürbar mehr als auf der anderen Seite der Grenze.

Wer ist schuld am Preisaufschlag? Sind Konsumenten dem Spiel der Kräfte hilflos ausgeliefert? Ein Blick über den Tellerrand.

Verena Kainrath

Manner mag man eben – auch im Parlament. Das exakt gleiche Packerl Schnitten sei in Deutschland um 60 Prozent günstiger als direkt neben der Fabrik in Hernalds, empörte sich Nationalratsabgeordnete Julia Herr (SPÖ) jüngst im Hohen Haus. Schuld an der Preisdifferenz sei nicht das Wiener Traditionsunternehmen, beeilte sie sich zu betonen. Verantwortlich seien vielmehr internationale Großhändler: Ihr Österreich-Aufschlag gehöre endlich abgeschafft. Wie erklärt Manner den Schnitenaufreger? „Das Süßwarengeschäft ist extrem rabattgetrieben, vor allem in Deutschland“, sagt Konzernchef Dieter Messner. Reine Regalpreise zu vergleichen, sei angesichts von Aktionsanteilen von bis zu 70 Prozent nur die halbe Wahrheit. Zwischen deutschen Diskontern und traditionellen Einzelhändlern tobe ein deutlich intensiverer Wettbewerb als hierzulande – was rasch zu Preisrückgängen führe. Produzenten dürfen in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Preise verlangen. Würde die Abschaffung territorialer Lieferbeschränkungen Schnitten, Mozartkugeln und Dragee Kekis hierzulande günstiger machen? Messner schüttelt den Kopf. „Manner hat keinen Österreich-Aufschlag.“ Das Thema sei für seinen Konzern irrelevant. „Wir haben nicht mehrere Werke über Europa verstreut. Jeder Händler kauft Manner in Österreich.“ Nicht nur Süßwaren sorgen für Emotionen. Der Konsumentenschützer Foodwatch identifizierte kürzlich 30 idente Grundnahrungsmittel, die in Österreich in Summe um 24 Prozent teurer waren als in Deutschland. Brot derselben Marke kostete um 79 Prozent mehr, ein Joghurt um 80 Prozent. Auch Reis, Hafer-

flocken, Tee und Nüsse waren teurer. Foodwatch macht ebenfalls die Lieferbeschränkungen verantwortlich: Nur klare gesetzliche Vorgaben auf europäischer Ebene könnten die Preisunterschiede beseitigen.

Konsumenten waren in den vergangenen Jahren im Supermarkt unmittelbar mit höheren Preisen konfrontiert. Die volle Breitseite der Teuerung traf armutsgefährdete Haushalte. In vielen Preisdebatten blieben gestiegene Löhne und Gehälter jedoch unterbelichtet. Und auch wenn die subjektive Wahrnehmung oft eine andere ist: Prozentuell geben die Österreicher für Lebensmittel weniger aus als noch vor fünf Jahren. Das zeigen aktuelle Daten der Statistik Austria.

Essen für den Müll

Der Anteil der monatlichen Haushaltsausgaben für Ernährung und alkoholfreie Getränke sank seit 2019/20 von 12,1 auf 11,6 Prozent. Im EU-Vergleich liegen nur Luxemburg und Irland darunter. Vor 50 Jahren lag der Anteil noch bei 27 Prozent, vor 70 Jahren bei fast 45 Prozent. Der stetige Rückgang zeigt den wachsenden Wohlstand einer Gesellschaft, die mehr Geld für Freizeit, Verkehr, Sport und Kultur aufbringen kann.

Zugleich landen jährlich rund eine Million Tonnen Lebensmittel im Müll. Mehr als die Hälfte davon stammt aus privaten Haushalten, während über 400.000 Menschen unter schwerer Ernährungsarmut leiden. Die Kluft zwischen Überfluss und Mangel ist tief – und schwer zu überwinden.

Wie sich das im Alltag niederschlägt, zeigt der Blick auf die Einkaufszettel: Wer wenige Kilometer über die Grenze nach Deutschland fährt, kommt bei identen Markenartikeln oft günstiger weg als in Österreich. Woran liegen

einer Woche für Lebensmittel aus – was sparen sie ab Juli?

Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel soll in einigen Monaten halbiert werden. Wir rechnen anhand von drei exemplarischen Einkäufen aus, was das im Alltag tatsächlich bringt.

Anne Feldkamp, Julian Umhaller



SOPHIA AIGNER

Johanna R. (29), Studentin mit Nebenjob, aus Wien

Johanna studiert 25 Stunden die Woche, neben ihrem Selbsterhalterstipendium arbeitet sie. Den Wocheneinkauf erledigt die 29-Jährige in der Regel an ihrem freien Tag im Wiener Supermarkt um die Ecke. In dieser Woche hat sie 57,65 Euro für den Einkauf ausgegeben und dank Rabattaktionen ganze 9,46 Euro gespart – Johanna kauft sehr gezielt mit Pickerln ein, seit der Teuerungswelle hat sie ihre Einkäufe sogar reduziert. Die Studentin würde ab Anfang Juli zusätzlich 90 Cent an Steuern auf den gleichen Einkauf sparen – bei gleichen Nettopreisen, wohlbermerkt.



FLORIAN SULZER

Christoph Löschenbrand-Bläuel (40), Geschäftsführer im Familienunternehmen, Julia (37) in Karenz, Eleni (2 Monate), Leander (3), Mathilda (8) aus Mank in NÖ
Familie Löschenbrand-Bläuel hat für 177,30 Euro in Mank in mehreren Supermärkten und einem Bauernladen eingekauft, dank Rabatten hat sie 7,41 Euro gespart. Frische Lebensmittel, im Idealfall bio, sind der Familie wichtig. Zum Glück seien sie in der finanziellen Lage, bei den Preisen nicht ganz genau hinschauen zu müssen, das habe sich mit der Teuerung nicht signifikant geändert, sagt Julia Löschenbrand-Bläuel. Ab Juli würde sie bei gleichen Nettopreisen 4,43 Euro an Steuern auf den Einkauf sparen.

diese ungleichen Spielregeln? Und was könnte die schärfsten Spitzen glätten?

Die Regierung will territoriale Lieferbeschränkungen verbieten. Diese verhindern, dass Händler über Landesgrenzen hinaus günstiger einkaufen können. Auch Brüssel sieht damit Grundprinzipien des freien Binnenmarktes verletzt. Es sind künstliche Barrieren, die Konsumenten EU-weit jährlich geschätzt 19 Milliarden Euro kosten.

Lieferbeschränkungen

Eine grenzenlose Beschaffung birgt jedoch Stolpersteine. Europa kennt keine einheitlichen Kostenstrukturen, einheitliche Preise sind daher wirtschaftlich illusorisch. Lohnstückkosten variieren ebenso wie Steuern, Kaufkraft und regulatorische Vorgaben. Würden Produzenten ihre Vertriebspartner nicht mehr frei wählen dürfen, sondern verpflichtet sein, ihre Ware jedem Händler in der EU – ungeachtet lokaler Kosten – zum gleichen Preis anzubieten, hätte das aus Sicht der Industrie gravierende Folgen.

Supermärkte könnten Konsumgüter unbegrenzt aus dem jeweils günstigsten Ausland importieren und in Märkten mit hohen Herstellerkosten vermarkten. Produktionen im eigenen Land wären damit nicht mehr ausgelastet und konkurrenzfähig, was Arbeitsplätze gefährden und die Abhängigkeit von internationalen Herstellern erhöhen würde, warnt der Verband der Lebensmittelindustrie.

Und selbst wenn die EU-Kommission globale Markenartikelkonzerne dazu zwingt, für Kracherl, Käse und Kosmetik in Österreich gleich viel zu verlangen wie in Deutschland, wird das Einkaufen nicht zwangsläufig günstiger. Die Differenz bliebe bei den Handelsketten – wofür sie diese verwenden, liegt in

ihrem Ermessen. Das nährt den Ruf nach mehr Transparenz. Das Vertrauen in einen Markt, der von wenigen globalen Industriekonzernen und nur vier großen Handelsunternehmen dominiert wird, ist naturgemäß gering – zumal diese längst eigene schlagkräftige Produktionskapazitäten aufgebaut haben. Die Wettbewerbskontrolle hat in der Vergangenheit Schwächen gezeigt. Wo die Angst vor dem Verlust von Marktanteilen gering ist, lassen sich Preise leichter anheben.

Preise als Blackbox

Die Preisbildung gleicht einer Momentaufnahme in einer Blackbox. Wer entlang der verzweigten Lieferketten vom Feld bis zum Teller wann und warum an der Preisschraube dreht, entzieht sich weitgehend der Beobachtung. Mischkalkulationen erschweren direkte Vergleiche zusätzlich: Verluste bei Lockartikeln wie Schweinefleisch und Butter werden über weniger preissensible Produkte wie Kollagenjoghurt oder Katzenfutter ausgeglichen.

Ein Huhn durchläuft vier Betriebe, ehe es im Kühlregal landet. Alle Beteiligten – bis hin zu Futtermittelproduzenten und dem Finanzminister – verdienen mit. Wie komplex die Arbeitsteilung für den Belag einer Pizza Deluxe ist, lässt sich nur erahnen. Jede Kostensteigerung wirkt wie ein Multiplikator – auf Gewinnmargen verzichtet niemand freiwillig.

Margenkontrolle

Die Regierung will Licht ins Dunkel bringen. Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette sollen ihre Kalkulationen offenlegen und der Wettbewerbsbehörde melden. Eine staatliche Preiskommission soll die Daten vertraulich prüfen und unangemessene Preispolitik sanktionieren. Der gläserne

Supermarkt lässt sich politisch gut verkaufen. Doch auch hier droht sich die Regierung die Zähne auszubeißen.

Einblick in die Geschäftsgeheimnisse der Branche kann Missbrauch von Marktmacht aufdecken – und ist daher sinnvoll. Sichtbar würde, was ohnehin naheliegt: Fertiggerichte, funktionelle Lebensmittel und etablierte Marken wie Snacks an der Kassa ermöglichen hohe Margen und quersubventionieren weniger impulsive Einkäufe, bei denen jeder Cent zählt. Günstiger werden Lebensmittel dadurch allerdings nicht. Unklar bleibt zudem, wie der staatliche Meldezwang samt Preiskontrollen praktisch umgesetzt werden soll. Unternehmer kritisieren das Vorhaben als beispiellosen Eingriff in die freie Marktwirtschaft, der österreichische Betriebe benachteiligt und zusätzliche Bürokratie auslöst.

Größe und Dichte

Um zu verstehen, warum Einkäufe in Österreich oft teurer sind als in Deutschland, lohnt sich ein Blick über den Tellerrand. Umstrittene Handelshürden verdecken nicht die strukturellen Unterschiede: Deutschland ist in Landwirtschaft, Verarbeitung und Nachfrage rund zehnmal so groß wie Österreich. Deutsche Händler sehen der Industrie entsprechend höhere Mengen ab – was die Einstandspreise senkt.

Nicht kostenlos ist die immense Dichte an Supermärkten in Österreich. Kaum ein anderes Land in Europa bietet pro Einwohner mehr Verkaufsfläche, auch wenn die Nahversorgung auf dem Land erodiert. In Ballungsräumen reiht sich rund um Kreisverkehre ein Spar, Billa, Hofer oder Lidl an den nächsten. Um die Konkurrenz auf Abstand zu halten, investieren die Branche in kleinere Filialen und engma-

schige Logistik – den Preis dafür trägt der Kunde. Auch Personal ist in Österreich teurer. Zudem sind Auflagen in der Tierhaltung teils strenger: Geflügel etwa hat hierzulande mehr Platz im Stall und wird gentechnikfrei gefüttert. Das gibt es ebenso wenig umsonst wie den höheren Anteil an biologischen und regionalen Lebensmitteln, die das Preisniveau insgesamt heben – Stichwort Mischkalkulation.

Nicht jeder Einkaufszettelvergleich bildet zudem die unterschiedliche Rabattkultur ab. Hinzu kommt: Den Österreichern wird nachgesagt, bei Speis und Trank weniger zu knausern als die Nachbarn. Auch das prägt Angebot und Nachfrage.

Macht und Ohnmacht

Haben wir es in der Hand, auf die Preispolitik von Handel und Industrie einzuwirken? Ist jeder Einkauf eine politische Entscheidung? Die Macht der Konsumenten ist trügerisch: Zu gut sind sie im Verdrängen und Vergessen. Zu komplex ist die Wirtschaftswelt, zu oft siegt die Bequemlichkeit. Dennoch sind die wenigsten der Teuerung völlig ausgeliefert.

Niemand muss zu teurer Markenware greifen. Noch nie war das Angebot an Alternativen größer und der Weg zu Diskontern kürzer. Online lassen sich Preise rasch vergleichen. Hochverarbeitete Fertiggerichte in aufwendiger Verpackung sind kostspieliger als Selbstgekokochtes, weniger Fleisch entlastet ebenfalls das Haushaltsbudget. Auch ein Blick auf Grundpreis und Füllmenge lohnt sich.

Wer sich selbst das Allernötigste nicht leisten kann, stößt damit rasch an Grenzen. Entlastung schafft nur gezielte Sozialpolitik – und ein besserer Brückenschlag entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette von Wohlstand zu Armut.

LEISTBARKEITS- KRISE



Das Leben ist teurer geworden – daran besteht kaum Zweifel.
Doch ein Blick auf die Zahlen zeigt: Österreich ist real kaum ärmer.
Warum fühlt es sich für viele trotzdem anders an?

Joseph Gepp

Es gibt nur wenige Großthemen, die quer durch die Gesellschaft Emotionen wecken. Corona war ein solches. Oder, als Dauerbrenner, die Ausländerdebatte. Vielleicht noch Politiker, ihre Gehälter und angeblichen Privilegien. In diesen Debatten gerät der Wahrheitsgehalt einzelner Behauptungen bisweilen aus dem Blick, ebenso die Frage, ob wirklich jedes kleine Beispiel als Beleg für einen allgemeinen Zustand taugt. Und doch: Diese Themen bewegen die Menschen.

In den vergangenen Jahren ist ein weiteres hinzugekommen: die Frage der Leistbarkeit des Lebens.

In gefühlt jedem persönlichen Gespräch taucht sie früher oder später auf. Unter Expertinnen und Experten ist mitunter sogar von einer Leistbarkeitskrise die Rede, in Österreich wie international. Von Energie bis zu Lebensmitteln, vom Wohnen bis zum Restaurantbesuch – vieles ist teurer geworden, die Menschen können sich weniger leisten, heißt es. In Österreich sehen nicht wenige darin den Hauptgrund dafür, dass die FPÖ bei der letzten Nationalratswahl zur stärksten Kraft aufgestiegen ist.

Inzwischen bauen ganze Politikerkarrieren auf diesem Thema auf. Der neue linksgerichtete demokratische Bürgermeister von New York, Zohran Mamdani, verdankt ihm seinen rasanten Aufstieg. In Österreich versucht die SPÖ, wenn auch weniger erfolgreich, das Thema zu besetzen. Die Frage der Leistbarkeit hat sich nicht nur in der politischen Kommunikation festgesetzt, sondern schlägt sich auch in konkreten Maßnahmen nieder: Flackert im Nahen Osten ein Krieg auf, reagieren Politiker hierzulande mit Tankpreisdeckeln und ähnlichen Eingriffen.

Aber gibt es sie überhaupt, die Krise der Leistbarkeit?

Energie und Mieten

Die Frage wirkt im ersten Moment fast zynisch. Schließlich kann es jede und jeder sehen: die Preise im Supermarkt, die Rechnungen für Energie und Mieten. All das ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Und doch verdienen die Menschen auch mehr – genau darin liegt das Vertrackte an der Leistbarkeitsfrage. Österreichs Inflation war in den vergangenen Jahren auch deshalb oft die höchste in Westeuropa, weil die Löhne mitgezogen haben. Nominell ist vieles teurer geworden; real jedoch muss das nicht zwangsläufig so sein. Was also stimmt?

Ein Blick auf die Zahlen verblüfft. Die durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen in Österreich – von Gehältern über Mieteinnahmen bis hin zu Sozialleistungen – sind inflationsbereinigt seit 2020 weitgehend stagniert. Der Anstieg der Realeinkommen entsprach damit in etwa der Inflation in diesem Zeitraum, die bei rund 28 Prozent lag.

Bemerkenswert ist, dass selbst Geringverdiener keine Einbußen verzeichneten. Dass die Realeinkommen nicht eingebrochen sind, liegt nicht nur an den mit der Inflation gestiegenen Löhnen, sondern auch an umfangreichen staatlichen Leistungen – vom Klima- bis zum Familienbonus. Mit anderen Worten: Statistisch betrachtet sind die Menschen in Österreich heute real nicht ärmer als vor Beginn jener Krisenserie, die mit Corona einsetzte.

Ist die Leistbarkeitskrise also ein Mythos? Lassen wir uns von der teurer gewordenen Butter im Supermarkt täuschen – obwohl wir eigentlich noch genauso viel Geld zur Verfügung haben wie zuvor?

Ein genauerer Blick zeigt jedoch: So einfach ist es nicht. Denn zentrale Ausgabenposten, die in vielen Haushalten besonders ins Gewicht fallen, sind deutlich stärker gestiegen – stärker als die allgemeine Inflation und die reale Einkommensentwicklung. Anders gesagt:

Die durchschnittliche Kaufkraft ist insgesamt zwar stabil geblieben, innerhalb ihrer hat sich jedoch vieles verschoben. Weil das Lebensnotwendige teurer geworden ist, bleibt vom gleich gebliebenen Einkommen weniger für alles andere.

Wohnen, Energie, Lebensmittel – es sind die bekanntesten großen Posten. In diese Bereiche floss im Vorjahr laut Statistik Austria rund 38 Prozent des Einkommens eines durchschnittlichen Haushalts. Und gerade sie haben sich spürbar verteuert.

Preistreiber Energie und Mieten

Besonders ins Gewicht fällt dabei die Energie. Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe verteuerten sich zwischen 2020 und 2025 laut Statistik Austria um 76,1 Prozent – die jüngsten Verwerfungen infolge des Irakkriegs sind darin noch gar nicht enthalten. Doch schon davor lag der Anstieg deutlich über der allgemeinen Inflation und dem realen Einkommenszuwachs.

Auch Lebensmittel und alkoholfreie Getränke sind seit 2020 um 33 Prozent teurer geworden – ebenfalls etwas stärker als die allgemeine Inflation.

Bleiben die Mieten – ein interessanter Sonderfall. Seit 2020 sind sie zwar etwas weniger stark gestiegen als die allgemeine Inflation, konkret um 25,5 Prozent. Langfristig jedoch haben sie sich als erhebliche Kostenbelastung erwiesen. Im letzten Vierteljahrhundert, seit dem Jahr 2000, lag die Gesamtinflation bei rund 80 Prozent; die Mieten inklusive Betriebskosten pro Quadratmeter stiegen laut Statistik Austria hingegen um beachtliche 131 Prozent. Hinzu kommt, dass Mieten in der offiziellen Inflationsberechnung nur ein vergleichsweise geringes Gewicht haben, weil viele Menschen im Eigentum leben – steigende Wohnkosten werden dadurch nur unzureichend abgebildet. Das Fazit ist klar: Wohnen wird in Österreich zunehmend zur finanziellen Belastung.

Die Daten zeichnen damit ein widersprüchliches Bild: Nein, gemessen an den Realeinkommen sind wir nicht ärmer geworden. Und ja, gemessen an der Struktur unserer Ausgaben sind wir es doch. Wer sich neue Kleidung kauft, achtet heute oft genauer auf den Preis als noch vor wenigen Jahren. Der Abend in der Cocktailbar? Der Restaurantbesuch? Das Streaming-Abo? Oder der Urlaub für die ganze Familie? Was früher vielleicht noch eine teurere Flugreise war, ist heute eher ein Hotel im Nachbarland – oder, in vielen Fällen, gar nichts mehr.

Masterpläne und Mini-Maßnahmen

Was lässt sich daraus lernen? Die Bemühungen der Regierungen in den vergangenen Jahren, Preissprünge bei zentralen Ausgabenposten zu begrenzen, waren insgesamt wenig erfolgreich. Werden Konsumentinnen und Konsumenten die Entlastungen im Cent-Bereich tatsächlich spüren, wie sie die schwarz-rot-pinke Regierung zuletzt mit der Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel beschlossen hat? Wohl kaum.

Nötig wären vielmehr konsistente politische Strategien, die gezielt einzelne Bereiche in den Blick nehmen, über Jahre hinweg angelegt sind und mit Nachdruck sowie Verlässlichkeit verfolgt werden.

Im Energiebereich hieße das: ein massiver Ausbau von Stromnetzen und -speichern. Die dafür nötigen Investitionen würden die Energiepreise zunächst wohl weiter erhöhen. Mittelfristig jedoch ließe sich die Abhängigkeit von teuer importierter und krisenanfälliger fossiler Energie verringern, insbesondere vom Gas. Dem Klima käme das nebenbei ebenfalls zugute. Flankierend braucht es eine überzeugende politische Kommunikation, damit die Bevölkerung diesen Weg mitträgt. Die Botschaft von Politik und Unternehmen müsste klar sein: Nicht nur jedes neue Windrad, sondern vor allem jede zusätzliche Stromleitung trägt dazu bei, Energie leistbar zu halten und die Versorgung zu sichern.

Und die schleichende Verteuierung des Wohnens, vor allem in den großen Städten? Hier lautet das Stichwort „Nachverdichtung“. In Städten wie Wien liegen große Flächen brach, ohne dass es sich um tatsächliche Grünräume handelt – etwa die weitläufigen Freiräume zwischen Gemeindebauten. Allein in Wien ließen sich laut einer Studie vom vergangenen Februar durch Nachverdichtung rund 120.000 zusätzliche Wohnungen schaffen (der derzeitige Bestand beträgt etwa eine Million). Dafür wären weder Umwidmungen notwendig noch zusätzliche öffentliche Mittel.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Leistbarkeit ist inzwischen jedenfalls vorhanden. Was fehlt, ist politisches Sitzfleisch.

Gesundheit? Unbezahlbar!

MRT, Logopädie, Termin beim Internisten: Wer medizinische Versorgung braucht, wartet auf Kasse oft lange. Wie entscheiden Patientinnen und Patienten? Betroffene berichten, was ihnen Zeitersparnis wert ist.

Gudrun Springer



Sara Maiers* Tochter Lena* tat sich im letzten Kindergartenjahr noch schwer, Laute voneinander zu unterscheiden und korrekt auszusprechen. Den Eltern wurde geraten, für die Fünfjährige logopädische Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Also suchte Maier in ihrem Wohnbezirk Tulln in Niederösterreich und in den umliegenden Bezirken nach einem Kassenplatz. „Wir mussten fast ein Jahr Wartezeit in Kauf nehmen“, sagt Maier.

In dieser Zeit ging Lena zu einer Logopädin, die 100 Euro pro Stunde verlangte – ein übliches Honorar. Einen Termin bekamen sie sofort. Nach einer ersten Einschätzung ging die Expertin davon aus, dass Lena mehrere Monate Therapie benötigen würde. Insgesamt rechneten die Eltern mit Kosten von rund 4000 Euro. Zwar refundiert die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) bei eingereichten Rechnungen für 60 Minuten Einzeltherapie bis zu 60 Euro, dennoch wären die Maiers auf etwa 1400 Euro sitzengeblieben.

Ein Jahr Warten auf Logopädie

Die Eltern entschieden sich daher, auf einen Kassenplatz zu warten. Als nach knapp einem Jahr schließlich einer frei wurde, fuhren sie ihre Tochter wöchentlich zur Therapie in den Nachbarbezirk. Lena habe rasch Fortschritte gemacht, erzählt Frau Maier. Die Kosten übernahm die Kasse.

Der Fall zeigt ein bekanntes Muster: Wer privat zahlt, kommt oft schneller dran. Doch was ist Patientinnen und Patienten diese Beschleunigung bei Gesundheitsanliegen tatsächlich wert, was können sie sich leisten, in Zeiten, in denen auch sonst alles teurer wird? Und wie viele Wochen Wartezeit lassen sich so tatsächlich vermeiden – oder wie viel Geld kostet das?

Allerdings hängt viel vom Einzelfall ab – etwa davon, wie akut oder speziell ein Problem ist und wie gut die Versorgung auf Kasse im jeweiligen Fachgebiet und in der Region

€ 100

kosten 60 Minuten Logopädie bei der Wahltherapeutin im Einzelsetting. Rund 60 Euro erstattet die Krankenkasse. Die Wartezeit auf einen Kassenplatz beträgt fast ein Jahr.

aufgestellt ist. Der ÖGK, bei der 82 Prozent der Menschen in Österreich versichert sind, liegen keine „Echtzeitdaten“ zu Wartezeiten vor.

Die Ärztekammer hat 2024 die Wartezeiten auf verschiedene Facharzttermine in Wien erhoben – für nicht dringliche Fälle. Am längsten, nämlich 90 Tage, musste man bei Kinder- und Jugendpsychiatern auf einen Kassenplatz warten; in der Augenheilkunde waren es 44 Tage, beim Lungenfacharzt 36 Tage. Die Studie zeigt zudem, dass Kassenpraxen immer wieder keine neuen Patientinnen und Patienten mehr aufnehmen – besonders häufig in der Gynäkologie und der Kinderheilkunde.

Die ÖGK erstattete 2025 in der Allgemeinmedizin mit 7,9 Millionen Euro die größte Summe, gefolgt von der Inneren Medizin (6,6 Millionen) sowie der Frauenheilkunde und Geburtshilfe (4,8 Millionen). Grundsätzlich übernimmt die ÖGK 80 Prozent des für eine Leistung üblichen Kassentarifs. Die Erstattungssumme ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen – wohl auch, weil das Einreichen von Rechnungen einfacher geworden ist: Waren es 2020 noch 37 Millionen Euro, lag die Summe 2024 bereits bei 47 Millionen. 2025 stagnierte sie, wobei Einreichungen weiterhin rückwirkend möglich sind.

Kein Termin beim Kassenarzt

Bedrückend ist der Fall einer Leserin aus Villach: Ende vorigen Jahres habe sie unter starken Schmerzen aufgrund von Myomen in der Gebärmutter gelitten, erzählt sie. Für eine bevorstehende Operation habe sie dringend einen Termin bei einem Internisten benötigt, um untersucht zu werden und die nötige Freigabe zu erhalten, sagt die 37-Jährige. Bei der Arztsuche habe sie ihre Situation geschildert – auf Kasse hätte sie dennoch drei Monate warten müssen.

Also wandte sie sich an eine Wahlärztin: Ein Termin innerhalb einer Woche sei dort möglich gewesen. Die notwendigen Untersu-

chungen – ein 24-Stunden-EKG und ein Belastungs-EKG – musste sie ebenfalls privat bezahlen. Insgesamt habe sie der Internistin rund 700 Euro gezahlt, 160 Euro habe die ÖGK erstattet. Wegen der starken Schmerzen, die bereits etwa ein Jahr vor der Diagnose bestanden hätten und sie in ihrer Arbeitsfähigkeit einschränkten, habe sie in der Hoffnung auf Linderung zusätzlich alternative Schmerztherapien und Nahrungsergänzungsmittel in Anspruch genommen.

Insgesamt habe sie dafür seit Dezember rund 2000 Euro ausgegeben. Sie habe sich dafür verschuldet, erzählt die Frau, die inzwischen auf Jobsuche ist. Die ÖGK teilte mit, die Kostenerstattung sei „entsprechend den geltenden vertraglichen Regelungen in Kärnten erfolgt“. Der Raum Villach sei nicht für besonders lange Wartezeiten in der Inneren Medizin bekannt. Bei drohenden längeren Wartezeiten rät die Kasse, sich direkt an sie zu wenden.

Fehlende Versorgung

In manchen Regionen in Österreich lassen sich Kassenstellen aber kaum noch nachbesetzen. So wurde im Bezirk Lilienfeld in Niederösterreich die Stelle einer Hautärztin seit zweieinhalb Jahren immer wieder ausgeschrieben, und allein in der Steiermark waren im Jänner acht Stellen für Gynäkologie vakant – um nur zwei Beispiele zu nennen.

Mitunter wird auch Geld für Untersuchungen bei Spezialisten ausgegeben, weil ein entsprechendes Angebot auf Kasse schlicht fehlt. Darüber klagen etwa Betroffene von ME/CFS. Bei einem spezialisierten Wahlarzt betrage die Wartezeit fünf Monate, ein Termin koste zwischen 120 und 150 Euro; für eine Erstbehandlung seien 200 Euro oder mehr zu veranschlagen, teilte eine Patientin dem STANDARD mit.

Ersttermine sind laut einer Erhebung von *krankenversicherern.at* (einer Firma, die private Krankenversicherungen vertreibt) beim Radiologen mit durchschnittlich 268 Euro am teuersten, gefolgt vom Urologen mit 237 Euro sowie der Kardiologin mit 211 Euro. Erhoben wurden dabei Durchschnittskosten in mehreren Fachgebieten; mögliche Sozialtarife blieben unberücksichtigt.

Das Kassensystem, dessen Ausbau die Regierung angekündigt hat, funktioniert in Teilen jedoch weiterhin reibungslos. So kommt etwa ein Kind mit Ohrenschmerzen in Wien durchaus noch am selben Tag bei einem HNO-Arzt unter. Ebenfalls aus Wien stammt das Beispiel einer Jugendlichen, deren Schulärztin auf die Möglichkeit einer Skoliose, einer Verkrümmung der Wirbelsäule, hinwies.

Einen Monat später hatte ein Kassenorthopäde Zeit für eine Untersuchung. „Eine Wartezeit, die man in diesem Fall in Kauf nehmen kann“, fanden ihre Eltern.

Für Unverständnis sorgen häufig die Parallelstrukturen, wenn es um bildgebende Verfahren geht: Als Sara Maier sich am Knie verletzte, habe sie vor Schmerzen kaum gehen können. Ein MRT-Termin auf Kasse sei ihr jedoch erst in einigen Wochen angeboten worden. „Dasselbe Institut stellte mir ein MRT innerhalb von zwei Tagen in Aussicht – wenn ich privat zahle“, sagt die 43-Jährige verärgert.

Sie habe 250 Euro für die Untersuchung im Magnetresonanztomografen ausgegeben. Den Befund habe sie für die weitere Behandlung benötigt. „Die Krankenkasse erstattet in diesem Fall nichts“, sagt Maier.

Teure MRT-Geräte

MRT-Geräte seien sehr teuer, die Untersuchungen zudem „extrem aufwendig“, gibt Thomas Czypionka, Gesundheitsökonom am Institut für Höhere Studien (IHS), zu bedenken. Oft würde ein Ultraschall oder ein Röntgen ausreichen. Viele MRT-Untersuchungen in Österreich hätten keine weiteren Konsequenzen.

€ 2000

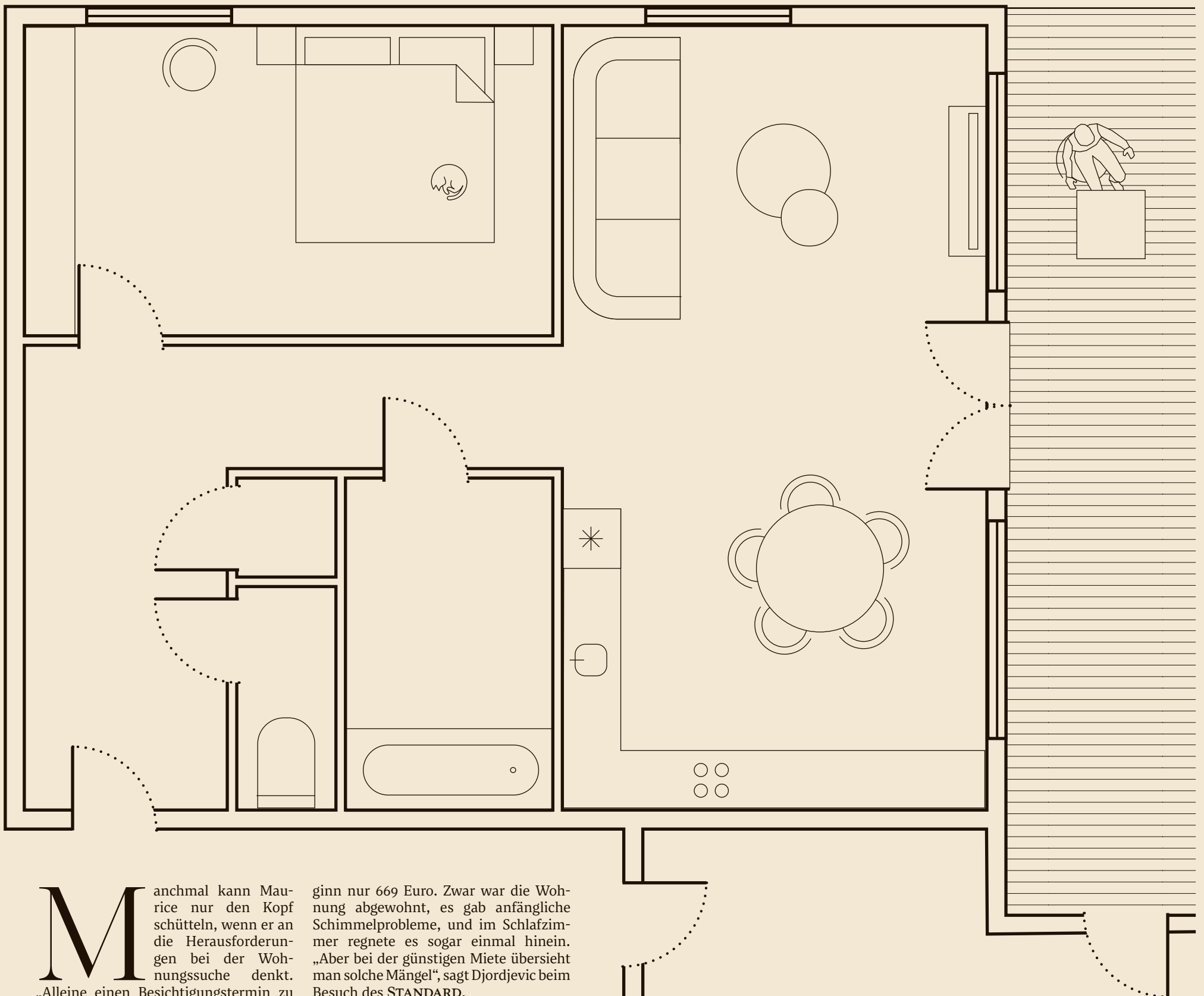
gab eine Patientin für einen Termin beim Wahlinternisten inklusive Untersuchungskosten sowie alternativer Schmerztherapien aus. Wartezeit: eine Woche. Wartezeit auf einen Termin beim Kasseninternisten: drei Monate.

Mit Blick auf Wartezeiten auf Kasse weist Czypionka zudem darauf hin, dass Wahlarztpraxen „nur begrenzt dazu beitragen können, die Problematik auf dem Land zu lösen“. Eine Wahlarztordination müsse sich wirtschaftlich tragen, daher sei es vor allem in Ballungsräumen attraktiv, eine solche zu eröffnen.

Und nicht alle Probleme ließen sich auf Kapazitätsengpässe zurückführen: Das Kassensystem werde zum Teil auch unnötig in Anspruch genommen. Es gebe zu viele Einzelpraxen, die Leistungen unkoordiniert erbrächten, sagt Czypionka. „Dann irren die Patientinnen und Patienten durch das System.“
*Namen von der Redaktion geändert

€ 250

zahlte eine Patientin für ein MRT nach einer Knieverletzung. Wartezeit: zwei Tage. Auf Kasse hätte sie dieselbe Untersuchung im selben Institut erst mehrere Wochen später erhalten.



Manchmal kann Maurice nur den Kopf schütteln, wenn er an die Herausforderungen bei der Wohnungssuche denkt. „Alleine einen Besichtigungstermin zu bekommen, ist oft schon schwer“, sagt er. Maurice ist 22, trägt einen Nasenring und eine Bomberjacke mit Kunstfellbesatz. Zurzeit schläft er bei einem Freund auf dem Sofa, seit ein paar Monaten ist er auf Wohnungssuche. 700 Euro sind für ihn die absolute Schmerzgrenze.

Yoyo ist mit 27 Jahren nur wenig älter als Maurice. Zum Gespräch mit dem STANDARD kommt sie auf ihrem Roller, eine schwarze Kappe auf dem Kopf, darunter ihre Haare zu einem Zopf geflochten. Die zwei Hunde Sweeny und Bimmer hat sie heute zu Hause gelassen. In ihrer Wohnung, einer knapp 25 Quadratmeter großen Gemeindeförderung in Wien-Leopoldstadt, die sie über einen Verein gefunden hat.

Früher war Yoyo wohnungslos. Auf dem freien Markt, sagt sie, hätte sie keine Chance auf eine Wohnung gehabt. Heute zahlt sie 223 Euro Miete im Monat. Die Wohnung sei so klein, dass die jüngsten Mietpreiserhöhungen kaum ins Gewicht fallen. Doch Yoyo kennt auch andere Geschichten. Eine Freundin lebte lange in einer privaten Mietwohnung und musste jeden Euro zweimal umdrehen, um genug Geld für Lebensmittel zu haben – bis sie schließlich doch ausziehen musste, weil die Miete einfach zu hoch war. Eine andere Freundin zahlt jetzt doppelt so viel für ihre Gemeindeförderung wie noch vor wenigen Jahren.

Von 669 auf 1344 Euro

Ähnlich ergeht es momentan einer Familie in Wien-Floridsdorf. Barbara Djordjevic lebt mit ihrem Mann Danijel und ihren drei Kindern, die zwischen neun und 16 Jahren alt sind, in einem Gemeindeförderungsbau aus den 1990er-Jahren. Als sie im Mai 2018 einzogen, war die Freude groß: eine passende Wohnung – vier Zimmer, Maisonette, 131 Quadratmeter – war gefunden. Die Monatsmiete betrug zu Be-

ginn nur 669 Euro. Zwar war die Wohnung abgewohnt, es gab anfängliche Schimmelprobleme, und im Schlafzimmer regnete es sogar einmal hinein. „Aber bei der günstigen Miete übersieht man solche Mängel“, sagt Djordjevic beim Besuch des STANDARD.

Im April 2025 stieg die Miete der Familie Djordjevic plötzlich dramatisch an: von 669 Euro auf 1344 Euro, mehr als das Doppelte. Grund für den Anstieg war das Auslaufen einer Wohnbauförderung – ein Phänomen, das zunehmend häufiger auftritt. Ein älterer Gemeindeförderungsbau am Handelskai sorgte bereits im Herbst für negative Schlagzeilen, und es wird vermutet, dass zahlreiche andere Gemeindeförderungsbauten ebenfalls betroffen sind. Mieterinnen und Mieter sind empört, mobilisieren ihre Kräfte und beklagen sich über mangelnde Transparenz in den Mietverträgen. Und das im Wiener Gemeindeförderungsbau – einem international anerkannten Modell für leistbaren Wohnbau.

Rechtsstreit mit Wiener Wohnen

Familie Djordjevic plant, sich juristisch gegen die Erhöhung zu wehren, und wird dabei von Wolfgang Kirnbauer vom Mieterschutzverband beraten. Er hält den Mietvertrag aus dem Jahr 2018 für intransparent, weil er die später zu erwartende Mieterhöhung nicht ausreichend erklärt – insbesondere nicht, ab wann mit dem Anstieg zu rechnen war.

Die Vorschreibung aus dem April 2025 war ein Schock für die Familie, sagt Djordjevic. „Mit einer Erhöhung rechnet man natürlich, aber nicht mit dem Doppelten.“ Beide, sie und ihr Mann, sind berufstätig und angestellt, doch die sprunghaft gestiegenen Wohnkosten bringen sie in eine schwierige Lage. Um die Mehrkosten zu decken, müssen sie an anderer Stelle sparen. Insgesamt, inklusive Stellplatz und Nebenkosten, belaufen sich ihre monatlichen Ausgaben für die Wohnung nun auf 2000 Euro. Djordjevic hat bereits auf Immobilienplattformen nachgesehen, doch ein Auszug wäre für die Familie schmerzhaft, wie sie sagt – leistbarer wäre es wohl nur außerhalb Wiens. Aber die Kinder gehen im Bezirk zur Schule, ihr Sohn spielt

Schwere Zeiten für Mieter

Das Angebot sinkt, die Preise steigen:
Wer derzeit in Wien eine Mietwohnung sucht,
hat es schwer. Sogar im sozialen Wohnbau
kommt es manchmal zu enormen
Kostensteigerungen.

Martin Putschögl, Bernadette Redl

ganz in der Nähe Fußball. In Floridsdorf hat die Familie Wurzeln geschlagen.

Dass das Angebot am Wiener Wohnungsmarkt derzeit begrenzt ist, liegt auch daran, dass zu wenig gebaut wird. Seit Jahren warnen Experten davor, dass das Angebot die wachsende Nachfrage nicht bedienen kann. Die Zuwanderung bleibt hoch, und der Trend der Versingelung – dass immer mehr Menschen alleine leben – setzt sich ungebrems fort. Dadurch wächst die Zahl der Haushalte noch schneller als die Bevölkerungszahl.

Geförderte Wohnprojekte werden zwar kontinuierlich an neue Bewohnerinnen und Bewohner übergeben, doch die Zahl der fertiggestellten Einheiten ist deutlich gesunken im Vergleich zu den Vorjahren. Die Gemeinnützigen haben im vergangenen Jahr bundesweit nur etwas mehr als 11.000 Wohneinheiten fertiggestellt, in Wien dürften es laut Schätzungen rund 3500 Einheiten gewesen sein. Zwar kommen jährlich einige Hundert neue Gemeindewohnungen hinzu; kürzlich übergab Kathrin Gaál, die scheidende Wohnbaustadträtin, in der Donau-Stadt die 2000. neue Gemeindewohnung.

Viel zu wenig Neubau

Der Neubau in Wien – insbesondere der frei finanzierte – hinkt jedoch erheblich hinterher. 2023 und 2024 wurden in allen Segmenten zusammen weniger als 10.000 Wohneinheiten baubewilligt, und auch heuer wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Dabei wären jährlich mehr als 10.000 Fertigstellungen nötig, um den Bedarf zu decken.

Der Einbruch der Wohnungsproduktion hat zur Folge, dass es auf dem privaten Mietwohnungsmarkt derzeit richtig rundgeht. „Wahnsinn“ nennt es sogar ein Makler, angesprochen auf die aktuelle Situation. David Breitwieser, Co-Geschäftsführer von Optin Immobilien, war zuletzt mit der Verwertung der fast 350 Mietwohnungen im neuen Wohn- und Gewerbeturm beim Projekt Vienna TwentyTwo in Kagran betraut. Eine Wohnung mit nicht ganz 75 Quadratmetern kostet hier, abhängig vom Stockwerk, bis zu 2000 Euro an Gesamtmiere. Eine Wohnung in ähnlicher Größe wie die von Familie Djordjevic schlägt mit 3500 Euro zu Buche. Und dennoch: Wenige Tage vor der offiziellen Übergabe am 1. April sind bis auf eine Einheit alle Mietwohnungen bereits vergeben.

„Früher gab es so etwas nicht“, sagt Breitwieser. Einst war es der Anspruch, eine Vollvermietung bis spätestens ein Jahr nach Fertigstellung zu erreichen. Heute hat sich das Bild gewandelt. Im Vorjahr war Breitwieser auch für die Vermarktung der neuen Mietwohnungen in der Alten Post im 1. Bezirk zuständig. Dort lagen die Mieten knapp unter 30 Euro pro Quadratmeter – und waren dennoch in kürzester Zeit vergeben. „Die Nachfrage ist genauso hoch wie vor fünf Jahren, aber es wird nur ein Viertel so viel gebaut wie damals“, fasst Breitwieser die Lage zusammen.

Bis zu 50 Euro je Quadratmeter

In Wien gibt es derzeit sogar einen Wohnturm, dessen Rekordmieten die bereits genannten noch weit übertreffen. Der DC Tower 2 in der Donau-City mit 314 Mietwohnungen wird gerade fertig gebaut. Für eine 52 Quadratmeter große Wohnung im 51. Stock werden hier 2500 Euro brutto verlangt, eine Drei-Zimmer-Wohnung mit 96 Quadratmetern kostet 5000 Euro – also mehr als 50 Euro brutto pro Quadratmeter. Hinzu kommen drei Monatsmieten an Kaution, zudem sind die Mietverträge auf zehn Jahre befristet.

Wer kann sich das leisten? Für wen werden diese Wohnungen gebaut? In den Fällen der beiden genannten Türme sind die Vermieter keine einzelnen Käufer von

Vorsorgewohnungen, wie etwa bei den Triiiple-Türmen am Donaukanal, sondern Globalinvestoren – in beiden Fällen Fonds mit Sitz in Deutschland. Sie erwarten die Projekte schon vor Jahren, mitten im Bauboom. Mit der Zinswende Mitte 2022 zogen sich diese Investoren vorübergehend aus dem Markt zurück, doch nun kehren sie langsam wieder. Ein Grund dafür sind die steigenden Mieten, die ihre Investitionen wieder attraktiver machen.

Simmering am günstigsten

Wer einen Blick auf die aktuellen Angebots-Preisstatistiken wirft, könnte als Wohnungssuchender durchaus einen Schock erleiden. Auf *Immopreise.at*, wo die durchschnittlichen Gesamtmierten aktueller Immobilieninserate auf *derStandard.at* berechnet werden, liegen sämtliche Wiener Bezirke bei mindestens 20 Euro pro Quadratmeter – in einigen Fällen sogar deutlich darüber. Die Donau-Stadt führt mit mehr als 28 Euro, was vor allem an den sehr teuren Mietwohnungen im DC2 liegt, gefolgt von der Inneren Stadt mit über 26 Euro. Am „günstigsten“ sind derzeit Liesing und Floridsdorf.

Es ist klar, dass solche Preisspiegel nur einen Ausschnitt des Marktes abbilden. Sehr hochpreisige Angebote bei gleichzeitig geringem Angebot wirken sich zudem in den Statistiken preistreibend aus und ziehen das allgemeine Mietniveau nach oben.

Der kürzlich veröffentlichte Immobilienpreisspiegel der Wirtschaftskammer gibt Auskunft über die durchschnittlichen Nettomieten im Jahr 2025 im Bereich des freien Mietzinses – also ohne Altbauwohnungen. Simmering ist hier der einzige Bezirk, in dem die Mieten noch unter zehn Euro pro Quadratmeter liegen (9,96 Euro). Abgesehen von der Inneren Stadt bewegen sich die Durchschnittspreise in den anderen Bezirken zwischen 10,20 Euro (Floridsdorf) und 11,99 Euro (Döbling). Die City bildet mit 17,26 Euro den großen Ausreißer. Die Zahlen basieren auf tatsächlichen Vertragsabschlüssen, die von Maklerinnen und Maklern erhoben werden.

Geringe Fluktuation

Die Anspannung auf dem Markt ist deutlich spürbar, sagt Makler Breitwieser. Abhilfe schaffen könnte aus seiner Sicht nur eines: „Wenn wieder mehr gebaut wird.“ Doch viel sei nicht in der Pipeline. Das führe auch dazu, dass die Fluktuation zurückgeht, erklärt der Makler. Aus Gesprächen mit Hausverwaltungen weiß er, dass es derzeit deutlich weniger Kündigungen gibt als üblich. „Manchmal wird auch eine Kündigung wieder zurückgezogen, weil die Leute keine neue Wohnung finden.“

Familie Djordjevic hofft jedenfalls, dass sich ihre Miete auf dem Rechtsweg wieder reduzieren lässt. Zumindest teilweise. Ein erster Gerichtstermin ist im Juni.

Maurice wünscht sich, bald eine bezahlbare Wohnung zu finden. Was von Bewerberinnen und Bewerbern verlangt wird, sei oft absurd, findet er: Lebensläufe, Bürgschaften, Einkommensnachweise. Teilweise müsse man das Drei- bis Vierfache der Miete verdienen, um eine Chance zu haben. Auch bei Massenbesichtigungen war Maurice schon: „Da drängen sich 40 Leute in einer 35-Quadratmeter-Wohnung, das ist wie in einem Haifischbecken.“

Yoyo ist in ihrer Wohnung nach wie vor glücklich, „auch wenn ein bisschen mehr Platz manchmal nicht schlecht wäre“. Dennoch ist sie dankbar, so wenig Miete zu zahlen, „weil dann auch noch Geld fürs Leben übrigbleibt“ – und dafür, eine sichere Wohnung zu haben und nicht auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen zu sein.

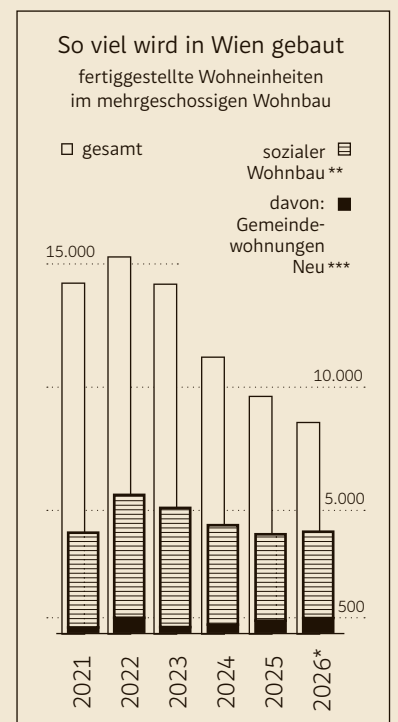
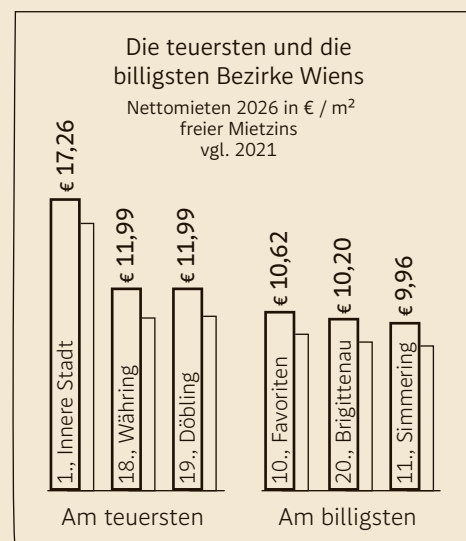


HELENA LEA MANHARTSBERGER

Maurice (li.) ist seit Monaten auf Wohnungssuche. Yoyo (re.) kann sich 25 m² leisten. Familie Djordjevic (re. u.) kämpft mit einer Preiserhöhung.



ZOE OPRATKO



Quellen: WKO, Exploreat, EHL, GBV, Wiener Wohnen



*vorläufige Zahlen bzw. Prognosen
 **ohne geförderte Projekte von gewerblichen Bauträgern
 ***ohne neue Wohneinheiten in Dachgeschoßausbauten

Vier Wände auf Kredit

2025 wurden das erste Mal seit langem wieder mehr Immobilienkredite vergeben. Was heißt das? Kann sich Österreich Wohneigentum wieder leisten?

Jonas Vogt

Dieser Artikel beginnt mit einer guten Nachricht. Nach Jahren der Diskussion darüber, dass Menschen keine Immobilienkredite mehr bekommen, wächst der Markt wieder. 2025 wurden Immo-Kredite für 17 Milliarden Euro vergeben, gegenüber elf Milliarden im Vorjahr. Das ist gut für die Baubranche, die Politik und natürlich auch für die Kreditnehmer selbst. Schließlich ist die eigene Immobilie für viele Menschen noch immer ein Teil ihres Lebensplans. Aber es wäre verfrüht, die Debatte um die Leistbarkeit von Wohneigentum an den Nagel zu hängen.

Die Diskussion darum, wer sich noch Immobilien kaufen kann, ob es die Generation(en) vorher leichter hatten dabei, das ist alles nicht neu. Zuletzt schwirrte es stark gegen Ende der Zehnerjahre herum („Ok, Boomer“). Die vergangenen Jahre haben den Immobilienmarkt nochmal ordentlich durchgeschüttelt, mit Zinssteigerungen, Inflation und (mittlerweile entschärften) Kreditverordnungen. Hat das etwas verändert? Wie sieht es Anfang 2026 aus mit der Leistbarkeit von Immobilien?

Man muss den großen Sprung im Volumen der Immobilienkredite ein bisschen relativieren. Ein großer Teil sind Nachholeffekte, in den Jahren davor war die Kreditvergabe deutlich zurückgegangen. Aber immerhin, es passiert was. „Die Leistbarkeit von Wohneigentum hat sich zuletzt merklich verbessert, was im Wesentlichen auf stagnierende Immobilienpreise und deutliche Einkommenszuwächse zurückzuführen ist“, sagt Christoph Kirchmair, Geschäftsführer beim Wohnbaukreditvermittler Infina. Viele Haushalte würden sich dadurch bei der monatlichen Kreditbelastung wieder in einem Bereich befinden, der eine solide Finanzierung ermöglicht. Gerade jetzt sei ein gutes Fenster, sagt Kirchmair. „Die Kombination aus moderaten Zinsen und der noch bis Ende Juni geltenden Gebührenbefreiung bietet ein klares Chancenfenster.“ Im zweiten Halbjahr könnte die Inflation wieder anziehen, auch aufgrund der geopolitischen Unsicherheiten.

Nicht nur die Preise

Wichtig bei der Debatte um „Leistbarkeit“ von Immobilien ist, dass es eben nicht reicht, einfach nur auf Preise zu schauen. Es ist immer eine komplizierte Gemengelage aus Zinsniveau, Immobilienpreisen, Einkommen und langfristigen ökonomischen Aussichten. Und da schaut es ein wenig besser aus als vor einigen Jahren, auch aufgrund der Tatsache, dass die Preise – vor allem außerhalb Wiens – nach den Boom-Jahren stagnierten oder sogar zurückgingen. Laut Raiffeisen Immobilien zahlte man 2025 für ein durchschnittliches Einfamilienhaus 7,5 Jahresnettoeinkommen, 2022 waren es noch 10,5 Jahresnettoeinkommen.

Wie sehr sich die Situation bei der Kreditvergabe verändert hat, zeigt eine Zahl. Vor fünf Jahren zahlten Wohnkreditnehmer in Österreich

im Schnitt einen nominalen Zinssatz von 1,18 Prozent. Zwischen 2021 und Mitte 2023 stieg der Satz dann auf 4,17 Prozent (aktuell sind es um die 3,4 Prozent). „Wir erleben derzeit, dass die Niedrigzinsphase für den aktuellen Planungszyklus der Vergangenheit angehört und einer neuen ökonomischen Realität Platz macht“, sagt Kirchmair. Günstiger wird es in naher Zukunft wahrscheinlich nicht mehr, zumindest ist eine Wette darauf sehr riskant. Im vergangenen Jahr wurden vor allem die Kredite mit einer fixen Verzinsung teurer. Diese orientieren sich an langfristigen Zinsersparungen, die sind also eher hoch.

Die Frage ist vermutlich weniger, ob sich Menschen in Österreich Immobilien leisten können, und mehr, wer das kann. Das hängt von der Lage ab (vor allem die Städte sind ein Problem), aber auch von der ökonomischen Sicherheit.

Realitäts-Drift

Und da gehen die Realitäten langsam auseinander. Während die Realeinkommen von ganzjährig beschäftigten Angestellten wachsen, stagnieren sie bei Menschen, die prekärer und nicht durchgängig beschäftigt sind.

Stellen wir uns (Situation 1) ein junges Paar auf dem Land vor, das

irgendwo in der Gegend rund um Bruck an der Mur gerne ein Haus bauen würde. Das ist teurer geworden. Laut Baupreisindex der Statistik Austria sind die Preise im Hochbau seit 2021 um knapp ein Drittel gestiegen. Die Kosten für einen Bau variieren logischerweise mit der Ausstattung, aber als Faustregel muss man außerhalb von Westösterreich mindestens mit 2500 Euro pro Quadratmeter (ohne Grundstück und Finanzierungskosten) rechnen. Bei einem klassischen 130-Quadratmeter-Haus sind wir mit Grundstück und einem kleinen Puffer schnell bei Gesamtkosten von 400.000 Euro und mehr. Man kann

sich vorstellen, wie stark schon Dinge wie ein geschenktes Baugrundstück diese Gleichung verändern. Das gibt dann eben auch Handlungsmöglichkeiten: Muss ich mir nur 250.000 statt 350.000 Euro leihen, ist es möglich, dass mich der Kredit – bei entsprechend hoher Tilgung und kurzer Laufzeit – am Ende nur halb so viel kostet.

Komme ich der Stadt näher, wird das alles logischerweise teurer. Stellen wir uns (Situation 2) ein Paar Anfang 30 vor. Sie arbeiten in Wien, ein Kind ist am Weg und sie würden gerne im Speckgürtel ein Haus kaufen. Das ist finanziell anspruchsvoll: Die Preise im Umkreis von 45 Minuten um Wien herum sind explodiert. Unter 650.000 Euro für ein Haus wird es, zumindest wenn es keinen Renovierungsbedarf hat, schwierig. Mit dem entsprechenden Doppelgehalt sind Monatsraten von 2000 Euro schon machbar. Aber dieses Einkommen braucht es dann, neben dem Eigenkapital, eben auch.

Nehmen wir als Letztes (Situation 3) noch einen Single in der Stadt. Er verdient gut und überlegt sich irgendwann, ob es nicht sinnvoller wäre, einen Kredit abzubezahlen, statt monatlich Miete zu überweisen. Emotional ist das verständlich. Bei Immobilienpreisen wie in Wien oder Graz sollte man aber dreimal überlegen, ob das finanziell sinnvoll ist. Bei einer 60-Quadratmeter-Wohnung in Penzing bin ich schnell beim Preis eines Hauses auf dem Land. Immobilien sind eine gute Möglichkeit, Vermögen aufzubauen, aber sie sind nicht auf magische Weise besser als alles andere. Geld, das ich mir bei der Miete im Vergleich zur Kreditrate spare, kann ich über Jahrzehnte anlegen, das muss man sich einfach durchrechnen.

Möglich, aber ...

Was diese Beispiele zeigen: Immobilienkauf ist weiterhin möglich, wenn man als Haushalt ein stabiles Einkommen (im besten Fall zwei) mitbringt. Allerdings wird das Eigenkapital immer mehr zum Flaschenhals. In der Praxis lasse sich dieser Engpass oft durch eine Unterstützung aus dem familiären Umfeld erfolgreich überbrücken, sagt Kirchmair. Das heißt aber eben auch: Familiäre Unterstützungen, Schenkungen, Erbschaften, das ist alles wichtiger geworden für den Erwerb einer Immobilie.

Bei einem Pressetermin erzählte ein Vertreter von Raiffeisen unlängst, dass sich die Betreuung von Kunden im Bereich der Immobilienkredite verändert habe. Früher seien die Leute mit einem konkreten Objekt gekommen, das sie kaufen wollten. Heute kämen sie öfter, um mal zu bereden, was denn finanziell möglich sei. Ein Zugang, dem Experten viel abgewinnen können. „Für die nähere Zukunft spricht vieles dafür, dass Eigentum mit einer soliden Finanzierung erreichbar bleiben kann“, sagt Kirchmair. Die Entscheidung sollte allerdings nicht von kurzfristigen Markterwartungen, sondern von einer fundierten Planung getragen sein. „Es braucht ein realistisches Verständnis dafür, welcher Finanzierungsrahmen langfristig machbar ist.“



Nach wie vor der Traum vieler Österreicherinnen und Österreicher: das Haus mit Garten. Ist das noch finanzierbar?

FLORIAN SULZER

Sparen mit System

Sparen heißt verzichten, heißt: Schmerz?
Nicht unbedingt. Wie Sie tatsächlich Geld sparen
und fast nichts dafür tun müssen – indem Sie
Instinkte für sich nutzen und ein paar
simple Regeln berücksichtigen.

Günther Strobl



In wirtschaftlich angespannten Zeiten stehen viele Menschen vor den gleichen Herausforderungen: den Alltag mit begrenztem Budget zu bewältigen, ohne spürbar an Lebensqualität einzubüßen. Steigende Preise, volatile Märkte und höhere Fixkosten zwingen dazu, genauer hinzusehen und bewusster mit Geld umzugehen. Sparen bedeutet dabei nicht zwangsläufig Verzicht – oft im Gegenteil. Wer Gewohnheiten hinterfragt, Konsumentscheidungen überdenkt und gezielt an kleinen Stellschrauben dreht, kann überraschend große Effekte erzielen. Der folgende Überblick zeigt alltagstaugliche Maßnahmen, mit denen sich Ausgaben reduzieren lassen – ohne dass das Leben ärmer wird.

Fahrstil überprüfen

Hohe Spritpreise belasten zunehmend auch jene, die auf das Auto angewiesen sind – besonders im ländlichen Raum, wo Alternativen oft fehlen. Umso wichtiger ist es, den eigenen Fahrstil zu hinterfragen. Der größte Hebel liegt im vorausschauenden Fahren: Wer früh vom Gas geht, statt abrupt zu bremsen, kann bis zu 15 Prozent Treibstoff sparen. Autofahrerklubs empfehlen zudem, mit niedriger Drehzahl zu fahren – beim Benziner zwischen 2000 und 2500 Umdrehungen pro Minute, beim Diesel entsprechend darunter. Mit gleichmäßigem Tempo zu fahren, statt häufig zu beschleunigen und abzubremesen, senkt den Verbrauch zusätzlich. Auf Landstraßen und Autobahnen hilft ein Tempomat, die Geschwindigkeit konstant zu halten und die Energieeffizienz zu maximieren. In Summe lassen sich bei rund 15.000 Kilometern Jahresleistung so 200 bis 250 Euro einsparen.

Fahrzeug optimieren

Auch der Zustand und die Nutzung des Fahrzeugs haben Einfluss auf die Kosten. Regelmäßiger Reifendruck ist entscheidend: Bereits 0,5 bar zu wenig erhöhen den Verbrauch um bis zu fünf Prozent. Ebenso gilt: unnötiges Gewicht vermeiden. 100 Kilogramm Zusatzlast können – je nach Fahrzeug – den Verbrauch um 0,3 bis 0,5 Liter pro 100 Kilometer steigern. Dachträger oder Boxen sollten nur montiert werden, wenn sie wirklich gebraucht werden, da sie den Luftwiderstand erhöhen – besonders auf Autobahnen. Wer auf diese Details achtet, spart zusätzlich 50 bis 100 Euro pro Jahr.

Clever tanken

Treibstoffe sind überall teurer geworden, aber nicht an jeder Zapfsäule gleich stark. Preisvergleiche lohnen sich weiterhin. Plattformen wie die ÖAMTC-Homepage oder der Spritrechner der E-Control zeigen schnell, wo im Umkreis die günstigste Tankstelle zu finden ist. Wer den Tankzeitpunkt selbst bestimmen kann, erspart sich mitunter zusätzlich Geld. In Österreich dürfen Preise nur noch dreimal pro Woche erhöht werden – montags, mittwochs und freitags zu Mittag. Da Preissenkungen jederzeit möglich sind, ist Tanken an diesen Tagen vormittags oft am günstigsten. Zudem gilt weiterhin: Abseits von Autobahnen ist der Sprit deutlich billiger – der Aufschlag bei Autobahntankstellen liegt im Schnitt bei 30 bis 40 Cent pro Liter, teils noch höher. Wer bewusst tankt, kann so jährlich weitere 50 bis 100 Euro sparen. Bei langjährigen, regelmäßig veränderten Preisen sind diese Einsparungen schnell aufgebraucht.

Tempo reduzieren

Auch langsames Fahren wirkt sich unmittelbar auf die Kosten aus. Wer auf der Autobahn statt 130 km/h nur 100 km/h

fährt, senkt den Spritverbrauch deutlich. Der Grund dafür liegt im Luftwiderstand, der mit zunehmender Geschwindigkeit stark ansteigt. Schon geringe Tempoerhöhungen führen daher zu überproportionalem Mehrverbrauch. Bei rund 100 km/h arbeitet der Motor effizienter und benötigt weniger Energie, um das Fahrzeug konstant in Bewegung zu halten. Je nach Modell lassen sich so etwa 15 bis 25 Prozent Kraftstoff einsparen. Gleichzeitig fährt man gleichmäßiger und vermeidet starkes Beschleunigen und Abbremsen – das schont nicht nur den Geldbeutel, sondern auch Material und Umwelt. Diese nachhaltige Fahrweise führt langfristig zu weniger Wartungskosten und einer verlängerten Fahrzeulebensdauer.

Strom- und Gasanbieter vergleichen

Ein genauer Blick auf den eigenen Energieverbrauch lohnt sich ebenfalls. Gerade bei Strom und Gas schlummert oft erhebliches Sparpotenzial. In schlecht gedämmten Altbauten etwa wird sprichwörtlich viel Energie „hinausgeheizt“. Wer ohnehin über ein neues Heizsystem – etwa eine Wärmepumpe – nachdenkt, sollte daher auch eine thermische Sanierung in Betracht ziehen. Unabhängig davon empfiehlt es sich, regelmäßig Anbieter zu vergleichen. Das ist unkompliziert und in wenigen Minuten erledigt: Beim Tarifkalkulator der E-Control oder auf Vergleichsportalen reichen Postleitzahl und geschätzter Jahresverbrauch, um passende Angebote zu finden. Wichtig ist, nicht nur auf den niedrigsten Einstiegspreis zu achten, sondern auch auf Vertragsbindung, Preisgarantien und mögliche Anpassungen nach dem ersten Jahr. Der Wechsel selbst wird vom neuen Anbieter abgewickelt und ist in der Regel innerhalb von drei Wochen abgeschlossen. Wer jährlich vergleicht, kann mehrere Hundert Euro sparen.

Temperatur senken

Auch beim Heizen lassen sich mit kleinen Anpassungen spürbare Effekte erzielen. Zwar endet die aktuelle Heizsaison bald, doch angesichts hoher Energiepreise wird die nächste kaum günstiger. Umso sinnvoller ist es, den Verbrauch zu reduzieren. Schon ein Grad weniger Raumtemperatur – etwa 22 statt 23 Grad – senkt den Energiebedarf um rund sechs Prozent. Bei einem durchschnittlichen Gasverbrauch von 15.000 Kilowattstunden entspricht das etwa 900 kWh oder gut 100 Euro pro Jahr. Zusätzliches Einsparpotenzial bietet der bewusste Umgang mit Strom: Viele Geräte verbrauchen auch im Standby-Modus Energie. Wer sie bei Nichtnutzung vollständig ausschaltet, kann laut Umweltministerium bis zu zehn Prozent Strom einsparen. Bei einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 3500 kWh sind das rund 350 kWh – also ebenfalls mehr als 100 Euro.

Auf Grundpreise achten

Sparpotenzial gibt es nicht nur bei Energie, sondern auch im Alltag – oft in kleinen Details. Entscheidend ist die Summe vieler bewusster Entscheidungen. Ein zentraler Ansatzpunkt ist der Grundpreis im Supermarkt: Er zeigt den Preis pro Kilogramm oder Liter und macht unterschiedliche Packungsgrößen vergleichbar. Gerade größere oder vermeintliche Aktionspackungen wirken oft günstiger, sind es aber nicht. Erst der Grundpreis zeigt, welches Angebot tatsächlich billiger ist. Besonders bei Markenprodukten und Rabatten lohnt sich der Blick. Wer darauf achtet, vermeidet versteckte Mehrkosten und kauft bewusster ein.

Wochenplan für Essen

Planung zahlt sich aus: Ein Wochenplan hilft, Einkäufe gezielt zu steuern und Impulskäufe zu vermeiden. Wer im Voraus festlegt, was gekocht wird, kauft nur das Nötige und lässt sich im Supermarkt weniger von Angeboten leiten. Das entlastet das Budget und sorgt dafür, dass vorhandene Lebensmittel besser genutzt werden. Gerichte lassen sich aufeinander abstimmen, Reste einplanen und verwerten, statt sie wegzuworfen. So sinken sowohl die Ausgaben als auch die Lebensmittelverschwendung spürbar.

Diskonter mit Aktionen kombinieren

Wer strategisch einkauft, kann zusätzlich sparen. Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch oder Gemüse sind bei Diskontern oft dauerhaft günstiger. Markenprodukte lohnen sich hingegen vor allem im Angebot im Supermarkt. Wer Prospekte oder Apps nutzt, kann gezielt zu reduzierten Preisen zugreifen. Die Kombination aus niedrigen Basispreisen beim Diskonter und Aktionen im Supermarkt verbindet die Vorteile beider Einkaufswelten – und senkt die Haushaltskosten spürbar, ohne Abstriche bei Qualität oder Auswahl.

Secondhand nutzen

Gebrauchtkäufe sind eine einfache Möglichkeit, in wirtschaftlich angespannten Ausgaben zu reduzieren. Kleidung, Möbel oder Elektronik sind secondhand oft deutlich günstiger als neu – und dennoch in gutem Zustand, oft sogar fast neuwertig. Viele Produkte wurden nur wenig genutzt und bieten ein entsprechend gutes Preis-Leistungs-Verhältnis. Wer gezielt sucht, kann hochwertige Markenware zu einem Bruchteil des ursprünglichen Preises finden. Gleichzeitig wird die Lebensdauer von Produkten verlängert und Ressourcen werden geschont. Secondhand ist damit nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch ein Beitrag zu nachhaltigerem Konsum.

Fixkostenliste erstellen

Ein klarer Überblick über die eigenen Finanzen ist die Grundlage für gezieltes Sparen. Eine Fixkostenliste, in der regelmäßige Ausgaben wie Miete, Energie, Versicherungen oder Abos erfasst werden, schafft Transparenz. Schon das Aufschreiben hilft, teure oder überflüssige Posten sichtbar zu machen. Wer diese Liste regelmäßig überprüft, kann Verträge vergleichen, anpassen oder kündigen. Nicht selten tauchen dabei vergessene Abonnements oder unnötige Zusatzleistungen auf. Das Ergebnis: mehr Kontrolle über die eigenen Ausgaben – und konkretes Einsparpotenzial, ohne dabei auf Wesentliches verzichten zu müssen.

Versicherungen bündeln und prüfen

Auch bei Versicherungen lohnt sich ein genauer Blick. Viele Policen laufen über Jahre unverändert weiter, obwohl sich Lebensumstände und Marktangebote längst geändert haben. Wer mehrere Versicherungen bei einem Anbieter bündelt, profitiert oft von Rabatten und geringeren Verwaltungskosten. Gleichzeitig empfiehlt es sich, Tarife in regelmäßigen Abständen zu vergleichen und anzupassen. Unnötige Leistungen lassen sich streichen, Doppelversicherungen vermeiden. So sinken die monatlichen Prämien, während der Versicherungsschutz im Idealfall gleich bleibt oder sogar verbessert wird.

Bankgebühren reduzieren

Bankgebühren lassen sich oft einfach senken, wenn man sein Konto regelmäßig überprüft. Viele Kundinnen und Kunden zahlen weiterhin Kontoführungsgebühren, obwohl es längst günstigere oder kostenlose Alternativen gibt. Ein Wechsel zu einem Gratiskonto oder zu einer Bank mit stark digitalisierten Angeboten kann mehrere Euro pro Monat einsparen. Onlinebanking ist meist günstiger, da der administrative Aufwand geringer ist. Auch Zusatzkosten für Überweisungen, Bargeldbehebungen oder Karten lassen sich durch einen Tarifwechsel reduzieren. In Summe ergibt sich so ein Einsparpotenzial von 50 bis 100 Euro pro Jahr – ohne Einbußen beim Komfort.

24-Stunden-Regel bei Käufen

Gerade im Onlinehandel führen spontane Entscheidungen oft zu unnötigen Ausgaben. Eine einfache Gegenmaßnahme ist die 24-Stunden-Regel: Produkte, die nicht dringend benötigt werden, landen zunächst im Warenkorb – gekauft wird erst am nächsten Tag. In dieser Zeit verliert der unmittelbare Kaufimpuls häufig an Stärke, und die Notwendigkeit wird nüchterner hinterfragt. Nicht selten stellt sich heraus, dass der Wunsch nur kurzfristig war. So lassen sich Fehlkäufe vermeiden und bewusstere Entscheidungen treffen. Auf Dauer summieren sich diese kleinen Beträge zu einer spürbaren Entlastung.

Der Bargeld-Trick

Der sogenannte „Pain of Paying“ beschreibt ein Phänomen: Bargeld wird psychologisch stärker wahrgenommen als digitale Zahlungen. Wer Scheine ausgibt, spürt den Geldabfluss unmittelbarer – und überlegt genauer, ob ein Kauf wirklich nötig ist. Beim Zahlen mit Karte oder Smartphone fehlt dieser Effekt oft, wodurch die Ausgaben leichter steigen. Wer bewusst öfter bar bezahlt, setzt sich automatisch engere Grenzen und behält den Überblick. Das hilft, unnötige Käufe zu vermeiden und das Budget besser zu steuern.

Shopping-Trigger erkennen

Viele Kaufentscheidungen entstehen aus Emotionen heraus. Umso wichtiger ist es, die eigenen Auslöser zu kennen. Eine einfache Frage hilft: Kaufe ich gerade aus Langeweile, Stress oder zur Belohnung? Häufig steckt kein echter Bedarf dahinter. Wer diese Muster erkennt, kann bewusst gegensteuern und Käufe aufschieben. So entsteht Abstand zum Impuls – und Entscheidungen werden rationaler. Mit der Zeit fällt es leichter, Bedürfnisse von Emotionen zu trennen und unnötige Ausgaben zu reduzieren.

Arbeitnehmerveranlagung

Viele lassen Geld beim Finanzamt liegen, weil sie keine Arbeitnehmerveranlagung machen. Dabei lassen sich zu viel bezahlte Steuern relativ einfach zurückholen. Zahlreiche Ausgaben – etwa Werbungskosten, Pendlerpauschale oder Sonderausgaben – werden nicht automatisch berücksichtigt und müssen selbst angegeben werden. Wer seine Daten jährlich prüft und einreicht, sichert sich mögliche Rückzahlungen. Oft kommen so mehrere Hundert Euro zusammen – bei vergleichsweise geringem Aufwand.

Rechnung ohne Lösung

Sinken mit der niedrigeren Mehrwertsteuer die Restaurantpreise? Drei Wirte aus Linz, Golling und Wien erklären, wie sie ihre Preise kalkulieren, wo die Kosten entstehen – und was wirklich helfen würde.

PROTOKOLLE: Michael Steingruber, Kevin Recher



Andreas Döllerer, Küchenchef & GF, Döllerer Wirtshaus, Golling an der Salzach

Ich habe mir unsere Kalkulation von unserem Steuerberater am Beispiel vom ganz normalen Schweinsschnitzel durchrechnen lassen. Das kostet bei uns 26 Euro brutto, also 23,64 Euro netto. Der Rest ist Umsatzsteuer. Der Wareneinsatz liegt bei 5,50 Euro. Da ist schon alles dabei – Fleisch, Eier, Butterschmalz, Erdäpfel, Preiselbeeren, Zitrone. Das ist jetzt kein Luxuswert, sondern realistisch, wenn man mit guter Qualität arbeitet. Was viele unterschätzen, sind die Personalkosten. Die machen in diesem Beispiel 9,25 Euro aus, also rund 39 Prozent. Und das ist eigentlich noch eher niedrig gerechnet, denn viele Betriebe liegen inzwischen schon bei über 40 oder sogar Richtung 50 Prozent. Dann kommen noch einmal fünf Euro Fixkosten dazu – also Miete, Energie, Instandhaltung, Verwaltung. Und wenn man das alles zusammenrechnet und auch die Steuern abzieht, bleiben am Ende 2,72 Euro Gewinn pro Schnitzel übrig. In Wirklichkeit zeigt diese Rechnung ziemlich klar, dass der Preis vor allem durch Personal- und laufende Kosten bestimmt wird. Pro Gericht nicht so viel übrigbleibt, wie viele glauben. Die Senkung der Mehrwertsteuer wäre ein super Hebel, um der Gastro zu helfen, nur spielt sie für uns absolut keine Rolle. Selbst wenn ich ein Gericht nur aus einem einzigen vergünstigten Produkt machen würde, dann ist es in der Gastronomie trotzdem mit den vollen zehn Prozent besteuert. Ob die Preise weiter steigen, ist schwer zu sagen. Was sich aber zuspitzen wird, ist das Wirtshaussterben.



Paul Peters, Koch, Gretzl, Linz

In den letzten Jahren gab es eine Verschiebung. Der größte Kostenpunkt sind mittlerweile die Personalkosten. Seit der Pandemie ist das Bewusstsein für gute Arbeitsbedingungen gestiegen. Viele Menschen, die in der Gastronomie tätig sind, wollen an der Wertschöpfung fair beteiligt werden und fordern höhere Löhne. Bei uns wird dem Rechnung getragen. Das Personal verdient sehr gut. Dazu kommt, dass wir hochwertige Bio-Lebensmittel verwenden, die vergleichsweise teuer sind. Der Wareneinsatz macht über 30 Prozent des Preises in der Speisekarte aus. Spannend wird, wie sich die Lage im Iran auf die Lebensmittelpreise auswirkt. Dort werden Vorstufen für Düngemittel hergestellt. Das hat vorrangig Auswirkungen auf Landwirtschaftsbetriebe in Afrika, aber auch wir werden wohl die wirtschaftlichen Folgen des Krieges spüren. Mir kommt vor, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen, wo unternehmerisches Geschick gefeiert wird, werden Gastronominnen und Gastronomen verteufelt, die Gewinn machen. Auch wenn ein Gasthaus wichtige soziale Funktionen in der Nachbarschaft erfüllt, sollten auch Wirtinnen und Wirten gut leben können. Von der Politik wünsche ich mir mehr Verpflichtung zu Transparenz – zum Beispiel, unter welchen Bedingungen die Grundprodukte hergestellt wurden. Und für Gäste, die kein Verständnis dafür haben, dass hochwertige Lebensmittel und gute Arbeitsbedingungen ihren Preis haben, sind wir einfach nicht das richtige Lokal.



Marko Schwentzek, Koch, Gasthaus Rebhuhn, Wien

Wenn ein Gasthaus die Preise erhöht, bedeutet das nicht zwangsweise, dass für den Wirt oder die Wirtin mehr übrigbleibt. Energiepreise und Personalkosten sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Umstände gelten auch für lebensmittelproduzierende Betriebe, die teurer an uns verkaufen. Wir müssen uns dem anpassen. Trotzdem ist es uns wichtig, Preise anzubieten, die unsere Stammgäste auch bezahlen können. Vor allem unser Mittagsmenüpreis ist sehr eng kalkuliert. Das geht, weil wir auf Menge setzen können. Wenn wir die Tische dreimal drehen können, kann der Menüpreis gehalten werden. Wir sind eine wichtige Anlaufstelle im Grätzel und auch Touristen und Touristinnen kommen her. Freitags müssen wir seit Jahresbeginn etwas mehr verlangen, weil Frischfisch teurer geworden ist und wir ausschließlich solchen verwenden. Unsere Gäste haben aber Verständnis dafür. Beschwerden gab es noch keine. Beim Kalbschnitzel ist eine gewisse Schmerzgrenze erreicht worden. Wir können es nur mehr aus Österreich, aber nicht in Bioqualität anbieten. Sonst wäre der Preis auf der Karte astronomisch, oder wir würden Verlust machen. Wareneinsatz macht 35 Prozent aus. Die Personalkosten machen rund 40 bis 45 Prozent aus. Die Arbeitsbedingungen sind gut. Das zeigt sich darin, dass ein Großteil des Teams weit über zehn Jahre dabei ist. Von der Politik würden wir uns stabile Energiepreise wünschen.

Ist das Leben noch finanzierbar?

Der Restaurantbesuch ist Luxus, der Einkauf eine Belastung: Das unbedarfte Leben war einmal. Schlägt jetzt die Stunde der Mäßigung und des umsichtigeren Konsums? Das Gegenteil ist der Fall – eine einzige „Temutigung“.

Franzobel



Ich habe es immer als Luxus empfunden, nicht auf Preise zu achten, keine Werbezettel zu studieren, mich nicht darum zu scheren, ob die Milch gerade 89 oder 139 Cent kostet. Vielleicht eine Reaktion auf die Sparfuchsmentalität meiner Eltern, die Sonderangebote pallettenweise nach Hause karrten. So etwas habe ich mir immer erspart, darum ist in der Welt des Besitzes auch nichts aus mir geworden. Aber sogar ich habe gezuckt, als der Bio-bäcker für einen Laib Brot acht Euro wollte. Essengehen kostet beim Asiaten trotz Mittagmenü mittlerweile dreißig Euro, und der Supermarkt erleichtert mich regelmäßig um einen Hunderter.

Ist das Leben noch finanzierbar? Für viele ist es zumindest nicht mehr leistbar, konzentrierte Demütigungen wie Rabattmarken zu ignorieren. Das Klimaticket wurde um 300 Euro hochgefahren, und jede Tankstelle verändert täglich den Begriff der Scham.

Es gibt immer noch genügend Reiche, die sich anstellen, um eine Uhr oder Damenhandtasche für ein durchschnittliches Jahresgehalt zu erstehen, die es nicht juckt, wenn ein paar gefüllte Palmölkugeln dreißig Euro kosten, weil sie ihren Süßkram beim Chocolatier zu Apothekerpreisen kaufen. Mindestlohnbeschäftigte, immobilienbelastete Jungfamilien, Notstandshilfebezieher usw. hatten immer das Problem, dass am Ende mehr Monat als Geld übrig war. Aber mittlerweile schlägt die Teuerung auch auf den kaufwilligen Arm der Mittelschicht.

Das unbedarfte Leben wurde einkassiert. Das muss nicht schlecht sein, vieles ist eh zu billig. Zum Beispiel Fleisch. Unlängst wollte ich am Wiener Brunnenmarkt ein Huhn für acht, zehn Euro kaufen. Gab es nicht, nur Zwei-Euro-Gummiadler, wo man nicht wissen

will, wie das möglich ist. Mittlerweile kostet ein Bio-Hendl beim Spar/Billa 15, beim Hofer/Lidl zwölf Euro. Das ist mir mein Gewissen wert. Aber klar, eine vom Rechenstift beherrschte Familie wird zu den eingeschweißten Mastbetriebsproteinen greifen müssen.

Oder Kleidung. Früher hielt die ein halbes Leben, kostete auch dementsprechend, heute wird oft schon ein zweites Tragen als vulgär empfunden. Jedes Jahr landen hunderte Millionen Tonnen Fast-Fashion auf dem Müll, dabei bedarf es 2700 Liter Wasser, um ein einziges T-Shirt herzustellen. Zwanzig Prozent der Wasserverschmutzung geht zu Lasten der Modeindustrie. Dazu kommen Arbeitsbedingungen im Zwei-Euro-Huhn-Verschlag. Alles für das kurze Glück des Konsumierens und vielleicht noch ein Instagram-Selfie.

EKG eines Toten

Oder Reisen. Straßen, Züge, Flugzeuge, alles verstopft. Können die Leute nicht zu Hause bleiben? Wird es mit höheren Preisen nicht für alle viel bequemer?

Preise haben viel mit Gewohnheit zu tun, sie geben uns Stabilität und Gewissheit über den Wert der Welt. Jetzt haben wir als letzte verlässliche Konstante die Gehälter, die sich entwickeln wie das EKG eines Toten. Wie lange noch, und wir werden wie vor hundert Jahren mit einer Schubkarre voller Banknoten zum Bäcker gehen, oder beim Wirt acht Billionen Trinkgeld geben?

Die Teuerung könnte eine Chance sein, weniger, aber bessere Qualität zu konsumieren. Etwas Mäßigung würde nicht schaden, und verglichen mit den meisten anderen Ländern geht es uns noch halbwegs gut. Teurere Produkte könnten die Arbeiter in den Entwick-

lungsländern angemessen entlohnen, weniger Produktion wäre ein Segen für die Umwelt. Leider ein frommer Wunsch. Je kostspieliger alles wird, desto mehr greifen alle zu Billigwaren, die suggerieren, man kann sich alles leisten. Immer noch. Produktgewordene Zwei-Euro-Hühner, Klumpert, schlechte Imitate, aber auch unmoralische Angebote, die die Welt ruinieren. Der Mensch verfolgt immer mehr eigene Interessen als soziale Gedanken, und Käufer brauchen kein Gewissen. Kriege, Kryptowährung, ein selbstinstallierter Big Brother namens KI, hybride Aktienmärkte. Wo führt das alles hin?

Die Welt wird von Konzernen ausgequetscht, denen jedes Mittel recht ist, den Konsumenten zu papiereln. Einer muss ja schließlich zahlen. Auf einer Verpackung das Ablaufdatum zu finden, gleicht einem Suchspiel, zum Lesen der Inhaltsstoffe braucht man ein Mikroskop, und noch immer haben es die europäischen Gesetzeshüter nicht geschafft, eine verständliche Kennzeichnung bezüglich Gesundheit und Nachhaltigkeit durchzusetzen.

Dazu die Shrinkflation. In meiner Kindheit war die Kokoskuppel groß wie ein Springbrunnen, bald ist sie auf Tropfenformat geschrumpft. Hat jemand die Dragee-Keksi gezählt? In Chipssackerln oder Waschmittelkartons ist längst mehr Luft als Ware drin.

An die Verantwortung des Konsumenten zu appellieren, ist löblich, ihm aber alles aufzubürden, geht zu weit. Die meisten haben gar keine Ressourcen, über Nachhaltigkeit oder gerechte Löhne nachzudenken, weil sie mit Alltag überfordert sind. Hier wäre die Politik gefordert, marktregulierende Gesetze zu schaffen, aber so lange Lobbyisten zum Wohle der Konzerne schmieren, wird sich nichts

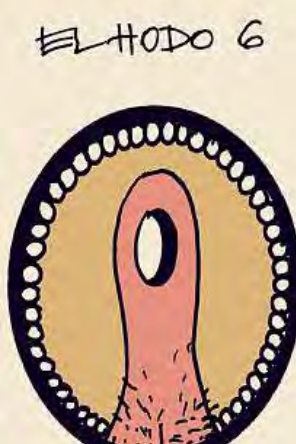
ändern. Unser auf Wachstum basierendes System kennt keine Alternativen, nicht einmal Ruhephasen. Alle wollen immer mehr und noch mehr. Wohin das führt? In den Kollaps! Geopolitische Verwerfungen, wie Kriege neuerdings genannt werden, Börsencrash, Hyperinflation, Platzen einer Immobilien- oder Währungsblase ... Irgendeine mittel-schwere Katastrophe ist immer wieder notwendig, um dem System einen Neustart zu ermöglichen. Blöd nur, wenn der dann nicht mehr möglich ist, weil wegen der Flut an Billigprodukten die Umwelt kollabiert ist. Oder das Sozialsystem.

Nächster Kollaps

Natürlich ist es ärgerlich, wenn Bio-Eier oder eine Zahncreme plötzlich zehn Euro kosten, man für Gasnetze und Grundversorgung blecht, nirgendwo mehr so viel drinnen ist, wie die Verpackung verspricht, man mit dem Kauf eines Gerätes genötigt wird, für zusätzliche Apps zu zahlen, weil sie sonst nicht funktionieren. Ich will mich nicht mit Preisen beschäftigen und wünsche mir, dass alles wieder qualitativ hochwertiger wird. Leider ist das Gegenteil der Fall – überall Billigramsch, Zwei-Euro-Hühner. Eine Temutigung der Welt.

Leben ist wertvoll, unbezahlbar, aber dass die Möglichkeit, es würdevoll zu führen, immer unleistbarer wird, ist keine Chance, sondern eine der Profitgier geschuldete Gemeinheit. Sich darüber zu echauffieren, vergeudet Energie. Freuen wir uns lieber am Leben und werfen wir das letzte Geld zum Fenster hinaus, weil der nächste Kollaps kommt bestimmt. Oder sind wir schon mittendrin?

FRANZOBEL ist Schriftsteller, Essayist und Dramatiker. Zuletzt erschienen: „Das Klo“ (Residenz-Verlag) und „Hundert Wörter für Schnee“ (Zsolnay-Verlag).



CARTOON: RUDI KLEIN (WWW.KLEINTEILE.AT)

ERRATUM

In der STANDARD-Mittwochs-ausgabe (25. 3. 2026) ist uns auf Seite 1 im Zeitungsaufmacher ein Fehler unterlaufen. Wir bitten um Entschuldigung. Unter der Aufmacherzeile „Regierung beschließt verschärfte Regeln für Asylsuchende“ lautete der Untertitel: „Gemäß EU-Vorgaben soll es künftig eine Quote für Familienzusammenführung geben.“

Letzteres ist falsch: Der am 12. Juni 2026 in allen Unionsmitgliedstaaten in Kraft tretende EU-Asylpakt sieht keine Quotierung des

Familiennachzugs vor. Es gibt sie auch in keinem anderen Mitgliedsstaat. Vielmehr handelt es sich um eine innenpolitische Entscheidung und ist Teil des schwarz-rot-pinken Regierungsprogramms, die jetzt, wie von der Regierung kommuniziert, in Form einer „Nullquote“ umgesetzt werden soll.

Schon vergangenen Juli hat die Regierung den Familiennachzug auf Basis einer EU-Notverordnung gestoppt. Ob das unionskonform ist, wird der Europäische Gerichtshof entscheiden. (red)